Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. September 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	**-**

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP) 5
4. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP) 6
5. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1737) 7
6. Antrag der SP und des GAB auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend im Bericht Schefer aufgedeckte Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt 9
1. Traktandum 1 19
136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR 26

Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 11. September 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.09.24 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen: Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen, Silvia Schweizer Reber. Sie ist hier anstelle des zurückgetretenen Andreas Zappalà. Ich bitte Sie, sich kurz zu erheben und wünsche Ihnen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie herzlich willkommen (*Applaus*).

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Rücktritt leitender Staatsanwalt: Hans Ammann hat mit Schreiben vom 28. Juli, also gerade vor den Sommerferien, seinen Rücktritt als leitender Staatsanwalt per 31. Dezember eingereicht. Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss Paragraf 64 Absatz 1 GOG wurde eingehalten. Ich danke dem Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft ist bereits in der Wahlvorbereitungskommission.

Rücktritt einer Richterin am Appellationsgericht: Anna Dina Wirz hat Mitschreiben vom 28. Juni, also auch gerade vor den Sommerferien, ihren Rücktritt als Richterin am Appellationsgericht ebenfalls per 31. Dezember 2024 eingereicht. Auch hier wurde entsprechend die gesetzliche Frist eingehalten. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Auch dieses Geschäft ist in der Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen: Es sind 28, neue Interpellationen eingegangen die Interpellationen Nummer 91, 93, 95, 96,98, 101 bis 107, 112 und 113 werden mündlich heute Nachmittag beantwortet.

Verabschiedung des Datenschutzverantwortlichen, Prof. Dr. Beat Rudin: Ich freue mich sehr, dass heute der ehemalige Datenschutzverantwortliche Beat Rudin zu uns gekommen ist. Der Grosse Rat hat am 7. Dezember 2008 Beat Rudin als Datenschutzverantwortlichen auf den 1. Februar 2009 gewählt. Er wurde in den Jahren 2014 und 2020 wiedergewählt und hat diese wichtige Kleeblattorganisationseinheit in den letzten Jahren vorbildlich geführt und weiterentwickelt. Am 31. August hatte Beat Rudin seinen letzten Arbeitstag. Ich möchte ihm im Namen des Grossen Rates für die dem Kanton geleisteten Dienste und die grosse Arbeit ganz herzlich danken, insbesondere auch für die Bereitschaft, über seine Pensionierung hinaus weiterzuarbeiten, um eine geregelte Übergabe an seine Nachfolgerin zu ermöglichen. Herzlichen Dank Beat. (*Applaus*)

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Brief unserer ehemaligen Gerantin des Grossratskäffeli Margrit Rünzi: Margrit Rünzi hat sich in einem Brief, welcher hier vorne auf dem Tisch liegt, herzlich für die Verabschiedung an der Bündelitagssitzung bedankt. Sie war tief berührt und hat mich gebeten, allen diesen Brief zur Kenntnis zu bringen.

Neue Garantin für das Grossratskäffeli: Eigentlich haben wir eine neue Gerantin, Frau Martha Furrer. Leider hat sie sich aber in den Sommerferien beide Arme gebrochen und kann daher heute nicht bei uns sein. Wir wünschen ihr herzlich gute Besserung. Der Parlamentsdienst hat eine Vertretung organisiert. Neu ist im Grossratskäffeli ab sofort auch bargeldlos mit Twint und diversen Karten zu bezahlen.

Neuauflage des Praxiskommentars zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates: Auf dem Tisch des Hauses finden Sie ein Ansichtsexemplar des Praxiskommentars über die Geschäftsordnung. Der ehemalige Leiter des Parlamentsdienstes, Thomas Dähler, hat dieses schöne Werk mit Unterstützung von weiteren Personen wie die Ihnen bekannten David Jenny und Salome Hofer verfasst. Sie können dieses zu einem Spezialpreis bei Thomas Dähler bestellen, dafür müssen Sie sich in der entsprechenden Liste, die hoffentlich ebenfalls aufliegt, eintragen.

Dann habe ich noch zwei Hinweise: Heute Abend nach der Sitzung gibt es zwei Angebote. Zum einen trifft sich die Kulturgruppe, wer da spontan noch dazukommen möchte, muss Brigitte Gysin fragen, ob das noch möglich ist. Zum anderen findet hier im Saal ein Anlass zum Tag der Demokratie statt, zu dem Sie eingeladen sind. Da ist die Ansprechperson Bülent Pekerman.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen zur Tagesordnung. Hier haben wir zwei Anträge auf dringliche Traktandierung. Der Regierungsrat beantragt, den Ratschlag betreffend ESC, Traktandum 136, als dringlich zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Möchte der Regierungsrat begründen? Er verzichtet. Gibt es Voten dazu? Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wie gesagt braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

Dringliche Trkatandierung Trakt. 136 betreffend ESC

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004168, 11.09.24 09:07:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 96 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor. Damit ist das erforderliche Mehr erreicht und wir haben das Geschäft traktandiert.

Antrag auf dringliche Traktandierung Nummer 2: Roger Stalder beantragt, seine Motion betreffend Anwohnerparkkarte, Traktandum 45, als dringlich zu traktandieren. Auch hier braucht es ein Zweidrittelmehr. Möchten Sie begründen, Roger Stalder? Er möchte und hat das Wort.

Roger Stalder (SVP): Da die Regierung uns als Parlament bei einem solchen, finanziell wichtigen Geschäft, welches alle Anwohnerinnen und Anwohner mit einem Auto in Basel-Stadt betrifft, nicht einbeziehen wollte, mussten wir mit einer Motion reagieren. Diese Motion sollte rasch behandelt werden, damit einerseits diese Änderung der Gebühren durch das Parlament rückgängig gemacht werden kann und anderseits die Bevölkerung auch sieht, wer hier in diesem Parlament noch für den Mittelstand und die Arbeiter einsteht.

Denn diejenigen, die die linksgrüne Regierungsmehrheit um GLP-Regierungsrätin Esther Keller mit diesem horrend hohen und vom Preisüberwacher stark kritisierten neuen Parkgebühren drangsalieren und schröpfen will, das sind Arbeiter und der Mittelstand, Personen, die in diesem Kanton Steuern bezahlen, nicht übermässig gut finanziell dastehen und sehr oft auch aus beruflichen Gründen auf das Auto angewiesen sind. Sie als Parlament haben nun die Möglichkeit, genau für diese Menschen einzustehen, als Parlament etwas zu korrigieren, was aus so vielen Gründen falsch ist. Ich bitte Sie deshalb, meine Motion als dringlich zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist ein Zweidrittelmehr notwendig.

2/3-Abstimmmung

Dringliche Traktandierung Traktandum 45 Motion Roger Stalder

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Trkatandierung.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004170, 11.09.24 09:10:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die dringliche Traktandierung wurde abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Es liegt noch eine Wortmeldung von Eric Weber zur Tagesordnung vor. Er hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte kurz zur Tagesordnung reden. Während der ganzen parlamentarischen Sommerpause dachte ich jeden Tag daran. Die Sache ist wichtig. Ich werde jetzt meinen Antrag stellen und dann werde ich den Antrag kurz begründen.

Ich beantrage als Grossrat, dass die Interpellation über die Polizei von Andrea Strahm «Freistellung Kommandant» sofort jetzt als Punkt 1 behandelt wird und nicht erst um 15 Uhr. Es darf keine Zeit mehr verlorengehen. Es muss ganz schnell gehandelt werden. Die Polizeiministerin ist umgehend ins Parlament zu berufen. Hier muss sie uns Rede und Antwort stehen.

Die Polizei bewegt ganz Basel jeden Tag. Die Zeitungen sind voll. Es muss jetzt sofort gehandelt werden, jetzt umgehend und nicht erst heute Nachmittag, dann kann es schon zu spät sein. Als Grossrat Eric Weber verlange ich den Rücktritt von Regierungsrätin Stephanie Eymann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das geht zu weit, unterlassen Sie das.

Eric Weber stellt einen Antrag, die Interpellation Nummer 98 von Andrea Strahm betreffend Freistellung Kommandant als Traktandum 3 vorzuziehen, also gleich nachher zu behandeln. Auch für diese Umstellung der Tagesordnung ist ein Zweidrittelmehr notwendig.

2/3-Abstimmmung

Antrag Eric Weber Interpellation von Andrea Strahm sofort beraten

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 95 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004174, 11.09.24 09:13:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 95 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung. Ich entschuldige mich, es hätte kein Zweidrittelmehr gebraucht, das war eine falsche Information, ändert aber nichts am Resultat.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor. Wir kommen damit zu Traktandum 2, Entgegennahme der neuen Geschäfte.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.09.24 09:13:57]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier liegt eine Wortmeldung vor von Raphael Fuhrer, der einen Antrag stellen möchte.

Raphael Fuhrer (GAB): Mir geht es bei den Zuweisungen an die Kommissionen um die Nummer 44, Dach- und Fassadenbegrünung Globus. Ich beantrage, dass die UVEK den Hauptbericht machen darf, gleichzeitig die WAK und BRK einen Mitbericht. Die WAK möchte sich vor allem mit dem Gesetz, das sie ja damals geändert hat, und den dadurch enstandenen neuen Möglichkeiten, aus der Mehrwertabgabe Geld zu verwenden. Der BRK geht es um Denkmalschutz, um die Kernzone, Einsehbarkeit, dieser Begrünung und der UVEK geht es um das Stadtklima, die Biodiversität. Wir haben uns unter den Präsidien abgesprochen, wir werden eine gemeinsame Startveranstaltung machen und dann das Geschäft effizient bearbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die drei Präsidien von UVEK, WAK und BRK beantragen, die Ausgabenbewilligung für Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz an die UVEK zu überweisen, mit einem Mitbericht der BRK und der WAK. Gibt es dazu Wortmeldungen und vor allem andere Anträge? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Zuweisung der Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel an die UVEK zuzuweisen mit einem Mitbericht der BRK und WAK

JA heisst Zustimmung zum Antrag , NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 85 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004177, 11.09.24 09:16:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft geht an die UVEK als hauptberichtende Kommission mit zwei mitberichtenden Kommissionen. Sie haben sich mit 85 Nein-Stimmen, 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen dafür entschieden.

3. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

[11.09.24 09:16:39]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind.

Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt für eine offene Wahl braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir Stimmen ab über die offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

über offene Wahlen bei Traktandum 3 & 4

JA heisst offen Wahl, NEIN heisst keine offene Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004180, 11.09.24 09:17:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen offen durchzuführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir führen offene Wahlen durch, Sie haben 96 Mal Ja gestimmt, einmal Nein, ohne Enthaltung

Gemäss § 14 Abs. 1 der GO bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge der FDP zulässig.

Für die Wahl in die BRK wurde von der FDP Silvia Schweizer vorgeschlagen. Es liegen keine anderen Vorschläge vor. Damit sind die Bedingungen für die offene Wahl erfüllt.

Abstimmung

Wahl von Silvia Schweizer als Mitglied der BRK

JA heisst Wahl von Silvia Schweizer, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004182, 11.09.24 09:18:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Silvia Schweizer als Mitglied der BRK zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 95 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor. Ich gratuliere Ihnen, Silvia Schweizer, zur Wahl in die BRK und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

[11.09.24 09:18:54]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission hat die FDP ebenfalls Silvia Schweizer vorgeschlagen. Es sind keine anderen Vorschläge eingegangen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Wahl von Silvia Schweizer als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission

JA heisst Wahl von Silvia Schweizer, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004184, 11.09.24 09:19:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Silvia Schweizer als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich darf erneut Silvia Schweizer zur Wahl gratulieren und viel Freude und Erfolg im Amt wünschen. Es liegen 96 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor.

5. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1737)

[11.09.24 09:19:55]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommission beantragt, das Gesuch teilweise gutzuheissen. Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für eine Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rats an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst. Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin der Begnadigungskommission Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Bei vorliegendem Fall handelt es sich um den 1989 geborenen, ledigen und kinderlosen Gesuchsteller, der seit dem 8. Januar 2024 seine unbedingte Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten im offenen Strafvollzug in der Justizvollzugsanstalt Wauwilermoos im Kanton Luzern verbüsst. Zwischen abgesessener Untersuchungshaft im September 2018 bis zum Strafantritt am 8. Januar 2024, also während über fünf Jahren, befand sich der Gesuchsteller auf freiem Fuss. In dieser Zeit hat der Gesuchsteller trotz schwerwiegenden körperlichen Gesundheitsbeschwerden gearbeitet, in seiner Freizeit Arztbesuche veranlasst und Physiotherapien wahrgenommen, grosse Summen seiner Schulden abbezahlt, Abzahlungsvereinbarungen getroffen, psychologische Hilfe gesucht und gefunden, seinen Führerausweis aufgrund nachgewiesener Drogenabstinenz zurückerhalten, persönliche Kontakte auf ein nicht kriminelles Umfeld reduziert und ist seither nicht mehr straffällig geworden.

Sein Begnadigungsgesuch vom 6. Mai dieses Jahres bezieht sich auf das rechtskräftige Urteil des Appellationsgerichts vom 16. September 2022. Der Gesuchsteller ersucht um den vollständigen Erlass der Freiheitsstrafer oder um den teilweisen Erlass derselben im Sinne der Verkürzung der Strafdauer. Die Liste der Schuldsprüche ist lang. Bereits mit Urteil der Vorinstanz akzeptierte der Gesuchsteller unter anderem Verurteilung wegen Hehlerei, mehrfachen Hausfriedensbruchs, Vergehens gegen das Betäubungsmittelgesetz, mehrfacher Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes usw. In Abweisung der teilweisen Berufung sprach das Appellationsgericht den Gesuchsteller unter anderem zusätzlich schuldig des versuchten Raubes, der versuchten Erpressung unter Gewaltanwendung und der Entwendung eines Motorfahrzeugs zum Gebrauch. Gegen diese Vorwürfe wehrte sich die Gesuchsteller erfolglos bis vor Bundesgericht.

Die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Raub und der Erpressung bestreitet der Gesuchsteller denn auch im Begnadigungsgesuch. Darin gibt er aber auch zu verstehen, dass ihm bewusst sei, dass die Begnadigungsbehörde aufgrund des rechtskräftigen Urteils von diesen Tatbegehungen ausgehen muss. In beiden Delikten wird ihm die Stellung des Drahtziehers zugeschrieben, wobei er selbst nicht an der Tatausübung beteiligt gewesen ist. Wegen versuchter Erpressung und der Gewaltanwendung ist der Gesuchsteller verurteilt worden, weil er an der gegenüber seinem ehemaligen Arbeitskollegen verübten Freiheitsberaubung und Drohungen zwecks Herausgabe der Zutrittsdaten für die Interdiscount-Filiale Markthof mitbeteiligt gewesen sei. Der Gesuchsteller habe dabei seinen Freund, das Opfer, kontaktiert, mit ihm ein vermeintliches Treffen verabredet sowie in der Folge seine drei maskierten Komplizen in Bezug auf die Beschaffung, die nötigen Zutrittsberechtigungsangaben und die generelle Vorgehensweise instruiert.

Wegen versuchten Raubes ist der Gesuchsteller verurteilt worden, weil er bei seiner damaligen Arbeitgeberin, der Firma SBB AG das Fahrzeug zum Gebrauch entwendet habe. Dieses Fahrzeug sei nach dessen Entwendung bei einem versuchten Raub zum Nachteil des Coop-Shops verwendet worden. Das urteilende Gericht lehnte eine Begnadigung ab, weil der Gesuchsteller über mehrere Monate hinweg quer durch das Strafgesetzbauch delinquierte, wegen seiner Drahtzieherfunktion

in den schwerwiegendsten Delikten gegenüber ihm nahestehender Personen, der Art der Deliniquenz und der Tatsausführungen.

Für Begnadigungsbehörde, welche als politische und nicht als richterliche Instanz entscheidet, galt es die Begnadigungswürdigkeit, also eine positive Prognose für die Zukunft des Gesuchstellers und zusätzlich den ermittelten speziellen Grund der Gnade aufgrund von Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen zu beurteilen. Negativ zu werten sind die vielen Taten in kurzem Zeitraum, die Verübung der Taten auch gegen ihn bekannte und befreundete Personen, sein hartnäckiges Verhalten im Strafverfahren vor dem Appellationsgericht und die positive Urinprobe auf Kokain per Strafantritt vom achten Januar 2024. Positiv zu werten und im Sinne des Gesamtildes überwiegen aber die seit der Tatbegehung bis heute persistent und durchgehend gezeigten Bemühungen und Erfolge des Gesuchstellers, sein Leben auf die richtige Bahn zu lenken,. Dazu zählen sein Arbeitserfolg trotz massiver gesundheitlicher Schwierigkeiten, seine stabile Beziehung zur Freundin, seinen Eltern und seinem beeinträchtigten Bruder, der auf Eigeninitiative vorgenommene grossräumige Schuldenabbau, die gesuchte und gefundene psychologische Hilfe, Distanzierung vom kriminellen Umfeld, aktive Bemühungen bei der Verwirklichung des Justizvollzugsplans, Einsicht und Reue für nicht bestrittene Taten sowie Wiedergutmachungsleistung.

Nach dem Gesagten vermochten die über ein halbes Jahrzehnt aufgezeigten Bemühungen des Gesuchstellers, in allen Lebensbelangen wieder auf die richtige Bahn zu kommen, zu überzeugen. Anerkannt wurde, dass der Gesuchsteller die Extrameile geht, um sein Leben zu ordnen und geordnet zu behalten. So bekundet er beispielsweise nicht nur, dass er gerne Schulden abbauen würde, sondern tat dies im grossen Stil unter schweren körperlichen Bedingungen. Mit dem Erlass des über vier Jahre hinausgehenden Teils der Freiheitsstrafe und der Umwandlung der unbedingten Reststrafe von vier Jahren Freiheitsstrafe in eine teilbedingte, wovon zwei Jahre unbedingt und zwei Jahre bedingt mit einer Probezeit von drei Jahren zu vollziehen sind, können die Bedingungen für eine zeitnahe elektronische Überwachung geschaffen werden. Dies ermöglicht es dem Gesuchsteller etwa, zu seinem Arbeitgeber zurückzukehren und seinen aufwändigen Physiotherapien nachzugehen.

Die Begnadigungskommission stimmte dem Gesuch mit 5 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung zu und beantragt dem Grossen Rat aufgrund den Ausführungen, das Gesuch teilweise gutzuheissen. Ich bitte Sie, dem Antrag der Begnadigungskommission zu folgen und der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als erster Sprecher hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe genau zugehört, aber ich habe nur eine Frage und ich bitte wirklich freundlich um Auskunft. Ist das jetzt neu beim Begnadigungsgesuch, dass man uns Grossräte nicht mehr mitteilt, was für eine Nationalität der Menschen hat, der die Begnadigung verlangt.? Früher, so kann ich mich erinnern, hat es geheissen, das ist ein Schweizer oder das ist jemand, der nicht aus der Schweiz kommt. Aber ich habe jetzt das vermisst und meine Frage ist, ob es neu ist, dass nicht mehr gesagt wird, ob es ein Schweizer oder ein Ausländer sei.

Weiter möchte ich appellieren an die Gepflogenheiten eines hohen Parlaments. Ich habe das Begnadigungsgesuch per Whatsapp schriftlich verlangt auf heute Morgen um 8 Uhr. Weil ich es lesen und mich auf die Rede professionell vorbereiten wollte. Ich habe das Begnadigungsgesuch 8.45 Uhr bekommen, gerade zu dem Zeitpunkt, als ich meine Gäste auf der Tribüne habe empfangen müssen und keine Zeit gehabt habe, das Begnadigungsgesuch noch durchzulesen. Darum möchte ich einfach bitten, auch wenn ich fraktionsloser Grossrat bin, mir Begnadigungsgesuche morgens um 8 Uhr vorzulegen, denn später habe ich keine Zeit, es zu lesen.

Die Begnadigungskommission hat glücklicherweise das Gesuch mit drei Gegenstimmen angenommen. Es war ein knapper Entscheid mit fünf gegen drei Stimmen. Ich danke als Grossrat diesen drei Grossräten, die Nein gestimmt haben. Ich möchte diese drei Grossräte bitten, auch jetzt bei der Abstimmung Nein zu stimmen, damit ich nicht der einzige Mensch bin, der die Begnadigung ablehnt. Auch ich habe als Nichtgrossrat vor etwa 20 Jahren auch ein Begnadigungsgesuch abgegeben und ich habe auf der Tribüne nicht gesehen die Person, die das Begnadigungsgesuch gestellt hat. Wenn ich jetzt Präsident wäre von Basel, würde ich jeden ins Parlament bringen auf die Tribüne und würde sagen, wir reden über ihr Begnadigungsgesuch, Sie haben Anwesenheitspflicht im Parlament auf der Tribüne.

Als Mensch, als Grossrat und Journalist läuten bei mir die Alarmglocken, wenn ich in dem Begnadigungsgesuch im ersten Satz lese, der Gesuchsteller habe ein gutes Verhältnis zu seinen Eltern und zu seinem geistig beeinträchtigten Bruder. Wir haben Juristen und Polizisten hier im Parlament. Ich bin kein Jurist, ich bin kein Polizist, aber ich weiss als Gerichtsreporter, dass das rechtlich nicht relevant ist. Es ist rechtlich nicht relevant, wenn ein Verurteil sagt, er habe ein gutes Verhältnis zu den Eltern, er habe ein gutes Verhältnis zu seinem geistig beeinträchtigten Bruder.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Weber, ihre Zeit ist um. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an die Kommissionssprecherin, wenn sie es wünscht. Sie verzichtet.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Es braucht mindestens 60 Personen, die abstimmen und eine Mehrheit, die mindestens 40 Ja-Stimmen umfasst für eine Begnadigung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und zur teilweisen Begnadigung, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Begnadigungskommission und der teilweisen Begnadigung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004186, 11.09.24 09:34:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag der Begnadigungskommission wurde angenommen mit 64 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen. bei einer Enthaltung.

6. Antrag der SP und des GAB auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend im Bericht Schefer aufgedeckte Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

[11.09.24 09:34:22, 24.5341.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier werden wir dieses spezielle Quorum der Abstimmung von eben haben.

Gemäss § 78 Abs. 1 der GO hat der Regierungsrat das Recht, in der Debatte angehört zu werden. Nach der Eintretensdebatte stimmen wir zuerst über allfällige Änderungsanträge ab und dann anschliessend, ob eine PUK gemäss Antrag SP und GAB eingesetzt werden soll oder nicht. Wir beschliessen heute nur, ob eine PUK eingesetzt werden soll. Wenn Sie dafür entscheiden, wird das Ratsbüro anschliessend einen Bericht verfassen, der in einem Grossratsbeschluss den genauen Auftrag inklusive Enddatum der Amtsdauer beschreibt. Dieser Bericht wird dann wieder dem Grossen Rat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Zuerst haben die Antragsteller:innen das Wort und für sie spricht die Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ja, wir fordern eine PUK. Wir wollen, dass eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt wird, um zu untersuchen, was zum heutigen Missstand bei der Kantonspolizei geführt hat. Ein Missstand, der sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft hat. Von einem Unterbestand von 36 unbesetzten Stellen im Jahr 2020 ist die Zahl bis Ende letztes Jahr auf erschreckende 120 angestiegen. Dieser personelle Engpass hat gravierende Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit und wird durch eine hohe Anzahl von Kündigungen zusätzlich noch verschärft. Das Problem ist nicht nur eine Frage der unbesetzten Stellen. Es sind auch die Arbeitsbedingungen, die Führungskultur und das Verhältnis zwischen Polizei und Öffentlichkeit, die für diese Entwicklung verantwortlich sind.

Für eine seriöse und transparente Aufarbeitung braucht es eine PUK. Eine der Fragen, die mir in den letzten Tagen häufig gestellt wurde, war, warum es jetzt eine PUK braucht, wenn sich doch die GPK schon darum kümmert. Das hat eigentlich nichts mit der GPK zu tun, sondern mit den unterschiedlichen Handlungsbefugnissen dieser zwei Gremien. Gemäss Geschäftsordnung kann eine PUK unter anderem die Herausgabe sämtlicher einschlägiger Akten verlangen. Sie kann auch Personen befragen, die dann verpflichtet sind, über Wahrnehmungen, die sie bei der Ausübung ihres Amtes oder ihres

Dienstes gemacht haben, Auskunft zu erteilen. Mitarbeitende der Verwaltung können so vom Amtsgeheimnis so entbunden werden und es können auch Privatpersonen, auch ehemalige Mitglieder des Polizeikorps, befragt werden. Das ist der Unterschied der PUK zur GPK. Aber selbstverständlich ist es gut, wenn die GPK unabhängig von dieser PUK-Forderung die Polizeikrise untersucht. Hierbei habe ich vollstes Vertrauen in die Oberaufsichtskommission und in deren Präsidenten.

Die Bevölkerung und die Angestellten haben ein Anrecht auf eine separtementsunabhängige Untersuchung und eine saubere, unparteiische und transparente Aufarbeitung der Geschehnisse. Es ist dasselbe Prinzip wie bei einer Wurzelbehandlung. Man kann nicht nur den Zahn putzen und dann ist gut, das wären dann die kurzfristigen Massnahmen, sondern wir müssen dem auf den Grund gehen und eben die Wurzeln behandeln. Wir müssen die Frage, wie es so weit kommen konnte, unbedingt beantworten können. Nachhaltige Massnahmen sind nur möglich, wenn die Ursachen für die grossen strukturellen Missstände tatsächlich ergründet und verstanden werden können.

Dafür braucht es einen Untersuchungsbericht. Ich verstehe ehrlich gesagt die Ablehnung gegen eine PUK nicht. Wenn wir gute Bedingungen wollen bei der Polizei, bei den Blaulichtorganisationen und der Verwaltung insgesamt, dann müssen wir doch bereit sein, hinzuschauen und zur Untersuchung. Diese Transparenz muss sein. Das hat in keinster Weise mit Misstrauen zu tun, sondern im Gegenteil, es würde die Basis schaffen, wieder Vertrauen aufbauen zu können, im JSD intern, aber auch in der Bevölkerung und gegenüber der Polizei und umgekehrt.

Und zum Schluss noch etwas zu den Kosten: Finanzielle Bedenken dürfen nicht ein ausschlaggebender Grund gegen eine PUK sein. Die Kosten, die durch den Unterbestand und die Missstände bei der Kantonspolizei entstanden sind, sind nicht nur finanzieller Natur, sondern sie haben auch das Vertrauen in unsere Institutionen geschwächt. Eine saubere und gründliche Aufarbeitung ist keine Ausgabe, sondern es ist eine Investition in die Sicherheit und auch in die Stabilität unseres Kantons. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, fordern wir als SP-Fraktion gemeinsam mit dem GAB eine PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen die drei Zwischenfragen von Johannes Sieber, Joël Thüring und Pascal Messerli an. Zuerst hat das Wort Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Sie sagenk, es braucht eine PUK, um diese Geschichte seriös aufzuarbeiten. Sind Sie denn der Meinung, dass die GPK nicht seriös arbeitet?

Michela Seggiani (SP): Die GPK arbeitet seriös, das möchte ich schon glauben. Es sind aber unterschiedliche Kompetenzen, wie ich soeben ausgeführt habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, dass eine PUK alle Unterlagen einsehen kann und weitreichende Einsichtsrechte hat. Wie soll diese PUK Unterlagen einsehen, wenn der zuständige Untersuchungsbeauftragte Professor Schefer alle Unterlagen vernichtet hat.

Michela Seggiani (SP): Es handelt sich um die Protokolle der 300 Gespräche, die vernichtet wurden. Alle anderen Unterlagen sind, so hoffe ich, noch zur Verfügung und irgendwo abgelegt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Gemäss § 69 Abs. 4 hat die GPK Einsicht in sämtlichen staatlichen Akten. Wieso soll die GPK diesen Auftrag nicht wahrnehmen können?

Michela Seggiani (SP): Ich fordere sogar, dass die GPK diesen Auftrag annimmt. Allerdings kann eine PUK zum Beispiel auch Privatpersonen befragen und auch Menschen, die nicht mehr im Dienst stehen. Das zum Beispiel ist ein Unterschied.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch die vierte Zwischenfrage von Andreas Strahm wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Wie stellen Sie sich das denn vor? Da ermittelt also die GPK und dann auch noch die PUK. Das sind unterschiedliche Leute, die befragen unterschiedliche Personen und wie soll da dann eine einheitliche Meinung entstehen? Muss dann die PUK auch nochmals alle befragen?

Michela Seggiani (SP): Trotz der Kreuztabelle hoffe ich, dass wir heute eine PUK einsetzen können oder uns dafür entscheiden. So wir diese Entscheidung gefällt haben, werden wir die nächste Frage beantworten: Was machen wir mit der GPK? Kommt ein Nein heraus, was ich sehr bedauern würde und werde, dann bin ich froh, wenn die GPK sich dem annimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Bruno Lötscher möchte eine Zwischenfrage stellen, auch diese wird angenommen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur kurz reagieren auf den Satz, dass die GPK ihre Arbeit machen soll und die Akten einsehen soll: Ist Ihnen denn bekannt, dass die GPK nichts mehr tun kann, wenn eine PUK eingesetzt ist, weil dann die PUK zuständig ist und die GPK ihre Arbeit ruhen lassen muss?

Michela Seggiani (SP): Eine Behandlung in der GPK ist gut, eine Behandlung in der PUK ist besser. Deshalb möchten wir eine PUK. Wenn das nicht möglich wäre, dann sind wir damit einverstanden, dass die GPK dies weiter bearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Zwischenfragen vor. Nun hat die Regierungsrätin das Wort, wenn Sie es wünscht. Und sie wünscht es.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne nehme ich Stellung zum Antrag auf Einsetzung einer PUK. Ich möchte vorab sagen, dass die Missstände rund um die Kantonspolizei seit dem 21. Juni auf dem Tisch liegen. Der Bericht Schefer ist ungeschminkt, hat über 370 Rückmeldungen aus dem Korps, von ehemaligen Mitarbeitenden usw. zusammengefasst, in diversen Handlungsfeldern und Missständen, die jetzt auf dem Tisch liegen. Selbstverständlich trage ich und trägt die Regierung einen Entscheid, den Sie heute Fällen, mit über die Einsetzung einer PUK. Ich möchte einfach zwei Fragen mitgeben: Erstens, welcher Mehrwert bringt die Einsetzung einer PUK tatsächlich? Und zweitens, rechtfertigt diese Einsetzung den zusätzlichen Aufwand für die Kantonspolizei in dieser Aufarbeitungszeit?

Ich kann Ihnen sagen, die Aufarbeitung hat nahtlos nach Veröffentlichung des Bericht Schefers begonnen und im Unterschied zur Antragstellerin bin ich nicht als Dentalhygienikerin unterwegs. Im Gegenteil, wir haben die sogenannte von Ihnen genannte Wurzelbehandlung gestartet. Ich habe immer transparent bisher Auskunft gegeben über die Massnahmen, die bereits getroffen wurden. Wir haben schnell die entsprechende Steuerung übernommen. Es sind diverse Personalentscheide bereits gefällt. Ich habe eine externe Anlaufstelle für Sexismus und Rassismus engagiert. Eine Taskforce ist installiert. Es gibt über 80 Mitarbeitende, die in dieser Taskforce mitarbeiten wollen und die den Sinn, jetzt endlich nach vorne zu schauen, durchaus sehen. Ich habe viele Rückmeldungen erhalten von Leuten, die wirklich vertraulich zuerst unterwegs waren im Bericht Schefer, jetzt aber ihre Geschichten erzählen. Und daraus lässt sich sehr viel ableiten.

Am Montag hat ausserdem der Kommandant Würgler seine Arbeit aufgenommen. Er wird diese Transformation einleiten, er wird koordinieren, er wird schauen, dass wir innert nützlicher Frist in eine gute und eine gesunde Zukunft kommen können, weil ich denke, das oberste Ziel muss sein, dass wir das Polizeikorps wieder stabilisieren und diese Transformation einleiten. Und dazu braucht es zukunftsgerichtete Handlungen und es braucht dazu eben auch ein Vertrauen in den Prozess und letztlich auch ein Vertrauen in das Polizeikorps.

Die PUK richtet den Blick primär rückwärts. Wir haben das gehört von der Antragstellerin. Das bindet enorm Ressourcen, Ressourcen, die wir brauchen, um den Weg in die Zukunft zu bestreiten, aber auch Ressourcen, die wir brauchen, weil wir täglich die Sicherheit gewährleisten müssen in unserem Kanton. Alles zusammen wird so nicht funktionieren können. Die Polizei darf nicht stillstehen. Wir haben hier nicht einfach eine Spielanlage, sondern es muss weiter funktionieren. Wir haben ganz grosse Herausforderungen, den Sollbestand wieder zu erreichen. Sie wissen, wir haben nächstes Jahr zwei Grossanlässe, die einfach auch noch On Top kommen, die die Polizei primär stemmen muss, was auch eine grosse Belastung darstellt.

Selbstverständlich soll das Parlament, sollen die Kommissionen Einblick in die nächsten Schritte und die Arbeit, die jetzt ansteht, haben. Die Kommissionen haben sich bereits beschäftigt mit diesem Dossier und selbstverständlich habe ich nichts zu verbergen und werde Rede und Antwort stehen, wann Sie das wollen und so oft Sie das wollen. Aber, und ich denke, das ist auch dem Regierungsrat wirklich wichtig, wir sollen jetzt die Transformation vorwärts gerichtet starten können und uns wirklich auch für die Zukunft aufstellen, und dazu ist eine PUK nach Ansicht des Regierungsrates nicht das richtige Mittel. Ich beantrage Ihnen deshalb, dass Sie verzichten auf die Einsetzung einer PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner und Fleur Weibel möchten Ihnen Zwischenfragen stellen, ebenso Melanie Nussbaumer. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Wie viele Ressourcen bindet es bei der Kantonspolizei, wenn sie alle Protokolle der Polizeileitung der letzten acht Jahre zur Verfügung stellen und diese einen Parlamentarier und Parlamentarierin aufarbeiten lassen soll?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Das kann ich Ihnen jetzt so aus dem Stand nicht sagen, aber wie ich es verstehe, beschränkt sich dies ja nicht nur auf die Protokolle der Polizeileitung.

Fleur Weibel (GAB): Ich verstehe, dass Sie in die Zukunft schauen möchten, aber sind Sie nicht auch mit mir der Ansicht, dass man die Vergangenheit verstehen muss, damit man zukünftige Massnahmen beschliessen kann?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Selbstverständlich wird in der Zukunftsgestaltung die Vergangenheit mit einbezogen. Die Frage ist nur, ob man einzig den Fokus auf die Vergangenheit legt oder ob Sie mir mit der PUK dann auch die Organisation neu aufstellen.

Melanie Nussbaumer (SP): Wäre es nicht auch für Sie hilfreich, wenn Sie mehr Wissen dazu hätten, wie es zu dieser Angstkultur kam, um dann auch in die Zukunft gerichtete Massnahmen zu ergreifen?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich denke, nach dem Bericht Schefer und den wirklich zahlreichen Gesprächen und Rückmeldungen, mittlerweile weit über 100 Rückmeldungen aus dem Korps, zeigt sich ein Bild, zeigt sich auch eine Vergangenheit, aus der ich mittlerweile doch auch ableiten kann, woher das kam, in der Historie, und darauf müssen wir bauen und daraus müssen wir lernen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen, diese wird abgelehnt. Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten. Erich Bucher hat sich für die FDP gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Wir hören es laut und deutlich, dieses Wahlkampfgetöse. Liebe rot-grüne Fraktionen, aber jetzt ist es genug. Wir, die FDP-Fraktion, sagen klar Nein zu diesem Vorstoss. Dieser Antrag ist ein sehr klares Misstrauensvotum gegenüber der GPK. Ich danke Ihnen wirklich für dieses Vertrauen respektive Misstrauen, das Sie gegenüber den Mitgliedern der Kommission haben. Für mich als Vizepräsident der Kommission gibt es im Moment keinen Grund, wieso die GPK ihre bereits begonnene Arbeit nicht weiterführen sollte.

Bevor wir uns aber über eine PUK unterhalten, sollten wir zuerst einmal den Schefer-Bericht werden. Wie schrieb die BZ gestern? Der Bericht ist eine Anekdotensammlung. Alle Vorwürfe im Bericht sind nicht nachvollziehbar, weder für die GPK noch für eine PUK. Es ist nicht möglich, alle Qualitätsprüfungen vorzunehmen. Somit kann der Bericht auch keine Grundlage für irgendwelche Verfahren und Analysen sein. Es braucht zuerst eine saubere, klare Wertung dieses Berichtes und diese Wertung kann nur die GPK im Moment machen. Lassen wir diese arbeiten.

Ein anderes Thema: Offensichtlich wollen die rot-grünen Fraktionen mit der Aufarbeitung der Situation bei der Polizei erst im März 2025 beginnen. Falls wir den Vorstoss heute zuhanden des Büros überweisen, muss dieses einen Ratschlag ausarbeiten. Dieser kommt dann eventuell im November, eventuell sogar erst im Dezember ins Parlament zurück und braucht eine Zweitüberweisung.

Im Dezember wäre frühestens eine Wahl des Präsidiums und der Kommissionsmitglieder möglich. Eine erste PUK-Sitzung wäre dann frühestens im Januar. Ab 1. Februar wird das Parlament neu zusammengesetzt sein, Präsidium und Mitglieder werden neu gewählt, auch die von der PUK. Vor März wird also eine PUK ihre Arbeit nicht aufnehmen können. Bravo! Das nenne ich Arbeitsverweigerung.

Bei einem Ja zur PUK ist für mich auch klar, dass die GPK ihre Arbeit auf ein absolutes Minimum zu diesem Thema reduzieren muss. Sonst wird viel doppelte Arbeit geleistet. Überlassen Sie es der GPK, zu entscheiden, ob mehr Kompetenzen für die Untersuchung notwendig sind. Ich bin überzeugt, dass diese dann den entsprechenden Antrag sofort auch ins Parlament bringen wird. Wir brauchen zurzeit keine PUK, sondern eine GPK, die ihren Job macht. Stimmen Sie Nein.

Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller, Sie dürfen die Zwischenfragen stellen.

Christine Keller (SP): Sie haben gesagt – was mich eigentlich traurig stimmt –, dass Sie sich für dieses Misstrauensvotum an die GPK bedanken. Aber wenn ein Antrag auf eine PUK einfach gleichbedeutend ist mit einem Misstrauensvotum gegenüber der GPK…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie lautet Ihre Frage?

Christine Keller (SP): Warum haben wir dann das Instrument einer PUK mit den zusätzlichen Kompetenzen überhaupt je geschaffen?

Erich Bucher (FDP): Die GPK benötigt im Moment diese Kompetenzen nicht, weil wir gar nicht wissen, ob irgendetwas verdeckt ist oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht André Auderset.

André Auderset (LDP): Wir haben jetzt schon viel gehört. Wie die Departementsvorsteherin des JSD schon gesagt hat, ist das wichtigste Frage, wo wir mit den ohnehin schon sehr knappen Ressourcen der Polizei hinsollen, wo wir sie konzentrieren sollen. Sie wissen es, wir werden nachher noch über den ESC und die dortigen Millionen abstimmen. Das wird sehr viele Leute benötigen und zwar nicht nur die einfachen auf der Strasse, sondern auch das Kader, das die ganzen Planeung machen muss. Das wären dann potenziell auch die, die wahrscheinlich dauernd vorgeladen würden von einer PUK. Ich erwähne da noch die Frauenfussball-EM, die wir auch nächsten Sommer haben. Also ich glaube, die Polizei hat wirklich genug zu tun, auch ihre Kader, ihre Vorgesetzten, als dass sie jetzt sich noch hier mit Vergangenheitsbewältigung einer doch recht extensiven Art abgeben müsste.

Vor allem würde ich das noch verstehen, wenn man sagt, die Polizeiführung oder speziell auch die politische Führung sei uneinsichtig. Man müsse da dringend einmal die Wurzelbehandlung machen. Ich glaube, Regierungsrätin Stephan Eymann hat es auch schon gesagt, da wird bereits kräftig an der Wurzel gebohrt und wir haben ja auch gehört, was schon alles gemacht wurde. Ich glaube, es ist wirklich alles vorgekehrt, was man in einem solchen Fall vorkehren muss.

Im übrigen, es sei doch noch einmal erwähnt, wie auch bei meinen Vorrednern: Wir haben mit der GPK ein Oberaufsichtsorgan und das soll die Oberaufsicht dann auch tätigen. Ich bin Mitglied dieser GPK und darf Ihnen jetzt nicht sagen, ob und was wir schon machen in dieser Sache. Aber Sie können grundsätzlich davon ausgehen, dass wir, wenn wir von einem vermuteten Missstand erfahren, dann umgehend und eben sofort uns an die Wurzelbehandlungen machen und nicht nur etwas Zähne putzen.

Ich glaube, es würde auch nicht unbedingt einfacher, die fehlenden Bestände aufzufüllen, Leute anzuwerben, und es würde es der Departementsvorsteherin nicht gerade einfacher machen, einen Kommandanten zu finden, wenn wir jetzt uns hier noch lange in selbstquälerischen Sachen üben. Wir sollten deswegen nach vorwärts schauen und schauen, dass wir wieder eine gute oder noch bessere Polizei, frei von diesen Vorwürfen, bekommen. Die Schritte sind eingeleitet und das ist auch eine gute Voraussetzung, neues Personal zu rekrutieren und dann auch nach der Übergangslösung mit Herrn Würgler zu einem wieder guten Kommandanten zu kommen.

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, Mitglied der PUK Biozentrum zu sein. Ich sage zweifelhaft, weil ich nach wie vor der Meinung bin, hier hat ein grosser Berg ein kleines Mäuschen geboren schlussendlich, mit einem Riesenbericht, während ich glaube insgesamt drei Jahren und mit rund einer Million Kosten. Natürlich, da gebe ich meiner Vorrednerin Recht, die sagt, die Kosten dürfen nicht das ausschlaggebende Kriterium sein. Wenn eine Million gut investiert ist, wäre es ja toll. Nur diese Million wäre dann nicht gut investiert, sondern würde einfach zu einer ordentlichen Einkommensvermehrung der PUK-Mitglieder führen, die dann immer morgens die GPK-Sitzung hätten und nachmittags dann die PUK. Das soll aber nicht unbedingt der Sinn sein.

Ein ganz wichtiges Argument hat bereits Erich Bucher vorgebracht. Wir müssen uns jetzt darum kümmern, wir müssen jetzt vorgehen. Wie gesagt, ich darf Ihnen nicht sagen, ob die GPK schon etwas tut, aber ich glaube, man kann davon ausgehen. Und erst im März dann mit einer PUK loszulegen, die dann mitten in einem Prozess startet, ist nicht sinnvoll. Denken Sie an die PUK Biozentrum, die hat getagt, nachdem das Biozentrum gebaut, die Kosten verpfuscht und die Missstände da waren. Da konnte man eine bestehende, eine fertige Sache beurteilen. Eine PUK Kapo würde einen laufenden Prozess beurteilen. Wir sagen, wir stehen jetzt die Verhandlungen mit Herrn Roth. Wie stehen die Sachen mit dem neuen Polizeikommandanten? Es ist alles im Fluss und mitten in diesem Fluss würde eine PUK, das sage ich wörtlich, nur stören.

Deshalb lassen Sie das bitte und vertrauen Sie auf eine GPK, die eine vernünftige gute, faire und parteiunabhängige Arbeit macht, wie es Michela Seggiani auch gefordert hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP spricht Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist in der Tat so, dass eine PUK zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Instrument ist. Wir haben Probleme bei der Kantonspolizei, das ist unbestritten, aber die PUK zum jetzigen Zeitpunkt ist tatsächlich störend und nicht hilfreich. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es die GPK, die den Prozess begleiten muss. Eine PUK ist da, um allenfalls nachträglich die Aufarbeitung vorzunehmen, wenn wir zum Beispiel einen GPK-Bericht haben, der uns zeigt, wie es so weit kommen konnte, allenfalls. Jetzt eine PUK einzusetzen, würde uns allen hier nicht dienlich sein, sondern uns an der Arbeit hindern.

Christine Keller hat natürlich die richtige Frage gestellt: Warum gibt es überhaupt eine PUK oder was soll denn das, eine PUK? Die PUK braucht es tatsächlich bei ganz besonderen Vorkommnissen und vielleicht ist das hier ein solcher Fall. Das wissen wir aber jetzt noch nicht. Ich glaube, das wissen wir jetzt tatsächlich noch nicht, denn wenn ich richtig sehe und auch den Antrag richtig lese, gehen die Antragssteller ja davon aus, dass die Abklärungen vom Professor Markus Schefer die gravierenden Missstände innerhalb der Basler Polizei aufgezeigt haben. Aufgrund der Schwere der im Bericht dokumentierten Massstabe – die Missstände sind offensichtlich in diesem Bericht dokumentiert. Das kann so nicht stehenbleiben. Dieser Bericht hat zwar sehr viel Staub aufgewirbelt, das ist richtig, aber er entspricht eigentlich keinem Standard von irgendwelcher wissenschaftlichen Arbeit. Ist schätze Professor Schefer sehr, er ist ein anerkannter Fachmann in Grundrechtsfragen und ich weiss nicht, wie das geschehen konnte. Was soll denn ein Bericht, der so viele Anschuldigungen in die Welt setzt, aber niemandem die Möglichkeit gibt, auf diese Anschuldigungen adäquat zu reagieren? Alles ist vernichtet, nichts ist vorhanden. Das entspricht wirklich keinem Standard.

Ja, es hat Staub aufgewiesen und vor allem natürlich die Fragen von Sexismus und Rassismus sind ein echtes Thema. Was ist aber passiert in der Zwischenzeit, nachdem dieser Staub alles so hochgewirbelt hat, dass der Kommandant Martin Roth gehen musste? Ich habe Martin Roth kennengelernt als sehr loyalen, integren und hoch anständigen Menschen. Es wird sich zeigen, wie das dann wirklich alles bei ihm zu verorten ist. Ich kann mir das gar nicht recht vorstellen.

Aber was lese ich? Am 14. August hat Professor Schefer selber im der BAZ in einem Interview seinen Bericht massiv relativiert und das gesagt: ja die meisten der Polizeiangehörigen sind von den Vorwürfen nicht betroffen. Das wäre mal der erste Satz im Verlaufe des Interviews, dann auf Nachfrage der beiden Journalisten, wie viele denn ein problematisches Verhalten zeigen, sagte Professor Schefer wörtlich: «Selbstverständlich sind es bei Weitem nicht alle, die allermeisten Polizeibeamten verhalten sich gegen innen und aussen tadellos.» Die allermeisten Polizeibeamten verhalten sich gegen innen und aussen tadellos.

Und gestützt auf diesen Bericht, den wir haben und demgemäss offenbar die meisten sich tadellos verhalten, machen wir an der Kantonspolizei einen Riesenmissstand geltend. Ich sehe die Probleme mit dem Unterbestand, aber das zu verwickeln oder zusammenzuhängen ist im Moment eigentlich unzulässig, denn er sagt weiter, er könne aufgrund der Unterlagen keine Angaben darüber machen, wie viele Leute an diesen Vorfällen beteiligt waren, weil er auch nicht wisse, ob man nicht immer über die gleichen Vorfälle geredet habe.

Was soll da eine PUK in dieser Situation? Lassen wir doch die GPK hier anfangen und hier arbeiten. Die GPK wird uns einen schlüssigen Bericht vorlegen. Wenn dieser Bericht vorliegt, haben wir Anhaltspunkte, die uns dann sagen, dass es möglicherweise eine PUK braucht, aber aufgrund dieses Berichts eine PUK zu verlangen, das erachte ich, man könnte fast sagen, als fahrlässig. Man kann sich auf diesen Bericht nicht abstützen.

Lassen wir der GPK Zeit, lassen wir sie arbeiten, lassen wir auch der Polizei Zeit, ihre Arbeit zu machen, behindern wir uns nicht selber. Ich glaube, wir schaden uns nur, wir nützen uns in diesem Fall gar nichts. Die Fraktion die Mitte/EVP beantragt Ihnen deshalb die Ablehnung und die Abweisung dieses Antrags.

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung, es steht ja relativ viel geschrieben. Im Grunde geht es ja eigentlich nur um die ersten beiden Sätze, denn alles andere, was in diesem Antrag steht, hätte gar nicht hier stehen sollen dürfen, weil für die Konkretisierung des Berichts, für die Fristsetzungen usw. ist alleine das Büro zuständig, das einen Bericht schreiben muss und dann dem Grossen Rat wieder vorlegen muss. Aber das ist ein Detail. Im Grundsatz ist der Entscheid für mich klar. Aufgrund dieses Berichts müssen wir nicht voreilig handeln. Lassen wir uns mit genügendem Abstand die Sache beurteilen. Wenn der GPK-Bericht vorliegt, wäre immer noch Zeit genug, allenfalls über eine PUK nachzudenken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicola Goepfert spricht für das GAB.

Nicola Goepfert (GAB): Was wir kurz vor den Sommerferien über den Zustand der Basler Polizei erfahren haben, übersteigt alles, was wir uns je hätten vorstellen können und wir fragen uns, wie es so weit kommen konnte. Die Entwicklung bei der Kantonspolizei erfordert nicht nur sofortige Massnahmen und einen langfristigen Kulturwandel, sondern auch eine umfassende politische Aufarbeitung. Diese Aufarbeitung muss klären, wie es bei der Basler Polizei überhaupt so weit kommen konnte. Es ist wichtig, dass die operative Arbeit und die internen Prozesse bei der Polizei durch diese Aufarbeitung nicht behindert und verzögert werden. Regierungsrätin Stephanie Eymann soll weiterarbeiten können. Gleichzeitig darf aber nicht ignoriert werden, dass die Polizei als staatliches Gewaltmonopol eine der sensibelsten Institutionen unseres Staates ist, mit weitreichenden Kompetenzen, insbesondere wenn es um Eingriffe in Grundrechte oder um die Anwendung von Gewalt geht. Und daraus ergibt sich eine politische Verantwortung von uns im Grossen Rat.

Die Dringlichkeit einer solchen Aufarbeitung liegt auf der Hand. Welche Erkenntnisse hatte die zuständige Regierungsrätin Stephanie Eymann zu welchem Zeitpunkt? Gerade sie sollte doch gemerkt haben, dass da nicht alles rund läuft, nicht nur, weil sie immer wieder betont hat, wie nahe am Korps sie ist, sondern schlicht und einfach, weil die unbesetzten Stellen seit Jahren auf hohem Niveau zugenommen haben. Sie trägt die politische Verantwortung und unter ihrer Führung haben sich die Probleme seit ihrem Amtsantritt weiter verschärft.

Eine PUK muss daher nicht nur die Abläufe und Entscheidungswege innerhalb der Polizeileitung untersuchen, sondern auch die Verantwortung der Departementsvorsteherin Stephanie Eymann sowie der Gesamtregierung. Sie muss aber auch die Rolle und die Kompetenzen des Grossen Rates von uns inklusive seiner Aufsichtskommission kritisch beleuchten. Die GPK und die Finanzkommission haben bei der Polizei zwar immer wieder hingeschaut und den Personalnotstand sowie die fehlende Arbeitgeberattraktivität monier. Tiefer liegende Probleme konnten sie jedoch nicht erkennen, weil es dafür eben eine vertiefte Auseinandersetzung braucht.

Auf der Grundlage des Berichtes sind bereits kurz nach Veröffentlichung die ersten Personalentscheide gefällt worden. Einige Personen, die möglicherweise für den desaströsen Zustand bei der Polizei mitverantwortlich sind, arbeiten schon gar nicht mehr da. Und genau da kommt eine wichtige Kompetenz einer parlamentarischen Untersuchungskommission ins Spiel. Denn diese kann, wie Michela Seggiani schon sagte, eine frühere Mitarbeiterin oder Person aus der Polizeileitung als Privatperson befragen. Nur so kann ernsthaft untersucht werden, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Der Bericht Schefer gibt uns einen Einblick in die momentane Situation bei der Polizei und dass diese Situation katastrophal ist und nicht länger tragbar ist, darüber sind wir uns hier im Saal hoffentlich einig. Es besteht laut Bericht ein Klima der Angst innerhalb des Polizeikorps. Von problematischem Führungsverhalten ist die Rede sowie einem Mangel an Vertrauen in die Führung. Der Bericht Schefer sagt uns jedoch nichts darüber, wie es zu dieser Krise kommen konnte, und genau das wäre die Aufgabe einer PUK.

Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir diese Aufarbeitung ernsthaft betreiben wollen oder ob sich die Mehrheit hier im Saal um diese Verantwortung foutieren möchten. Es ist nicht die Frage der Ressourcen, die uns bewegen sollte, sondern die der Notwendigkeit, langfristig zu verhindern, dass sich so etwas in Basel-Stadt noch einmal abspielt.

Zusammenfassend: Die politische Aufarbeitung darf nicht mit Massnahmen auf operativer Ebene vermischt werden. Es braucht eine klare Trennung, damit die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Situation ungestört weitergehen können. Doch wir tragen hier drin die Verantwortung, dass eine seriöse politische Aufarbeitung durchgeführt wird. Der Grosse Rat kann im Rahmen seines Oberaufsichtsrechts für die Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. So sieht es das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vor. Und mir fällt nichts ein, was von grösserer Tragweite für unseren Kanton sein könnte, als wenn die Polizei als Staatsgewalt einer Angstkultur beherrscht wird, in der sexistische und rassistische Handlungen toleriert oder ausgelebt werden. Was sonst bedarf einer tiefgreifenden Untersuchung, wenn nicht die Missstände in der Institution, welche für die Durchsetzung unserer Gesetze verantwortlich ist und bei der die Angestellten seit Jahren in Scharen davonlaufen. Und um es in den Worten der Befragten im Bericht zu sagen: Der vorliegende Bericht müsse dringend zu Konsequenzen führen. Zu

oft seien Umfragen durchgeführt worden, die folgenlos geblieben seien. Einige der Befragten machen ihren Verbleib bei der Kantonspolizei von eben diesen Konsequenzen abhängig.

Auf operativer Ebene ist der Prozess gestartet. Mit der PUK haben wir jetzt die Möglichkeit, diesen Prozess auch innerhalb von unserer Verantwortung zu beginnen. Das ist dringend notwendig, damit es nicht bei einer Pflästerlipolitik bleibt und der notwendige Kulturwandel auf der Strecke bleibt. Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Antrag auf Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat Schaller, Johannes Sieber und Franz-Xaber Leonhardt möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Beat Schaller hat das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Wir haben es gehört, es werden Ressourcen gebunden bei der Polizei, Ressourcen, welche dringend benötigt werden auf allen Hierarchiestufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Was ist Ihre Frage?

Beat K. Schaller (SVP): Wieso nehmen Sie es in Kauf, dass die Erneuerungsarbeiten durch diese Ressourcenbindung verzögert wird?

Nicola Goepfert (GAB): Da frage ich zurück: Wieso nehmen Sie in Kauf, dass sich so etwas im Kanton Basel-Stadt noch einmal abspielt, weil wir die Aufarbeitung nicht vorantreiben wollen auf politischer Ebene?

Johannes Sieber (GLP): Sie sagen, es braucht eine PUK für eine ernsthafte Aufarbeitung. Sind Sie denn der Ansicht, dass die GPK nicht ernsthaft arbeitet?

Nicola Goepfert (GAB): Natürlich arbeitet die GPK ernsthaft, aber ich habe es in meinem Votum erläutert, dass die PUK andere Kompetenzen hat, zum Beispiel ehemalige Mitarbeitende zu befragen, und das kann die GPK so nicht.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sie haben die Dringlichkeit angesprochen. Wäre es da nicht sinnvoller, zuerst die GPK sofort arbeiten zu lassen und dann eine PUK einzusetzen, wenn die möglichen Missstände aufgedeckt sind?

Nicola Goepfert (GAB): Ich bin überzeugt, es braucht eine Aufarbeitung, die sauber geleistet wird, und diese Aufarbeitung soll von einer PUK durchgeführt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat noch einmal eine Frage. Er darf sie stellen.

Johannes Sieber (GLP): Denken Sie nicht, dass die GPK am besten selber beurteilen kann, ob sie zusätzliche Kompetenzen braucht oder nicht? Wieso soll das Parlament das entscheiden?

Nicola Goepfert (GAB): Ganz am Schluss habe ich erläutert, dass eine PUK eingesetzt werden kann, wenn es von besonderer Tragweite ist. Die Polizei und die Missstände sind von besonderen Tragweite, und zwar massiv. Deshalb ist es an uns hier im Grossen Rat, darüber zu entscheiden, mit welchen Kompetenzen und wie tiefgreifend diese Aufarbeitung stattfinden soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber spricht für die GLP.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann es kurz machen. Die GLP lehnt dieses Wahlkampfmanöver der SP entschieden ab. Die Forderung nach einer PUK zum aktuellen Zeitpunkt übersteuert die Geschäftsprüfungskommission in einer Art und Weise, die wir nicht gutheissen. Wir gehen davon aus, dass die GPK den Aufruhr rund um die Mitarbeiterbefragung im Schefer-Bericht auf dem Radar hat und wo nötig und angezeigt Ergebnis offene Untersuchungen einleiten wird, so wie sie das immer tut. Braucht sie dafür mehr Zeit, mehr Mittel und mehr Kompetenzen, werden wir Ihren Antrag gerne prüfen. Und erlauben Sie mir die Bemerkung, viel interessanter als das, was hier gesprochen wird, ist, was hier von wem nicht gesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Der Grosse Rat kann im Rahmen seines Oberaufsichtsrechts für die Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. Das entscheidende Wort ist also die grosse Tragweite. Liegt diese nicht vor, so ist die Oberaufsicht der GPK zugewiesen, der ordentliche Betrieb findet also durch die GPK statt. Das ist ja schon mehrfach gesagt worden.

Und nun gibt es die Frage der grossen Tragweite und da wird immer wieder auf diesen Bericht Schefer hingewiesen. Dieser Bericht Schefer ist aber mangelhaft, das muss auch gesagt werden dürfen. So staune ich doch, dass sämtliche Protokolle einfach vernichtet wurden. Wo gibt es denn das, dass Protokolle aufgenommen werden und dann einfach weg sind und niemand kann sich dagegen wehren, niemand kann Bezug nehmen, niemand hat ein rechtliches Gehör. Das ist nicht akzeptabel. Und das führt nun dazu, dass wir diesen Bericht haben, den ich als mangelhaft bezeichnete, und der diese hohe Tragweite, diese Höhe bestimmt, die dann zur PUK führen soll. Das ist nicht überzeugend. Im übrigen wird auch nicht dargelegt, weswegen die GPK in zeitlicher, finanzieller oder anderer Hinsicht nicht in der Lage wäre, diese Arbeit zu tun. Wir lesen auch von Qualitätsansprüchen der PUK, aber diese Qualitätsansprüche wird die GPK zweifelsfrei erfüllen.

Also, die Voraussetzungen der grossen Tragweite sind schlichtweg nicht gegeben und deswegen beantragen wir, von der Einsetzung einer PUK abzusehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Aufgrund des Scheferberichts wurde der Kommandant freigestellt und vier Menschen aus der Polizeileitung entfernt. Finden Sie, die grosse Tragweite ist damit nicht gegeben?

Stefan Suter (SVP): Ich habe nicht gesagt, dass das, was der Schefer-Bericht beschreibt, falsch ist. Ich weiss ich nicht, es wird die Aufgabe sein, der GPK, dies zu klären. Aber ich wiederhole es gerne und weise darauf hin, dass der Schefer-Bericht schwere Mängel aufweist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Einzelsprecher Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich werde mit den linken Stimmen. Die linke SP grösste Partei in Basel hat recht. Von der GLP bin ich schwer enttäuscht. Das geht nicht, was die GLP macht. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat grosse Angst vor dieser parlamentarischen Untersuchungskommission, denn dann könnte alles ans Licht kommen. Meine Zwischenfrage ist abgelehnt worden, obwohl ich Grossrat bin seit 41 Jahren. Ich habe vorher eine Vorgabe gemacht, ich habe ganz klar gesagt, was ich verlange, was passieren muss. In der Zeitung können Sie lesen, dass der Vize-Kommandant hätte übernehmen sollen, er ist ein guter Chef, er ist loyal. Der Vize-Kommandant hat gesagt, nein, ich mache das nicht, ich bin loyal zum Kommandanten Martin Roth. Dann hat man ihn auch in die Wüste geschickt. Das steht in der Zeitung.

Die fünf Leute, die freigestellt worden sind oder weg sind, kosten uns Steuerzahler fünf Millionen Franken, mit den Löhnen und mit den Anwälten, die bezahlt werden müssen. Und das müsste nicht sein. Ich habe mich für dieser Rede mit meinem Anwalt besprochen, damit ich nichts Falsches sage. Mein Anwalt sagt, was die Polizisten gesagt haben bezüglich schönen Polizistinnen und so weiter, sei sexistisch, aber es sei nicht rassistisch. Für mich sind das halt Männer, die halt mal über den Strang geschlagen haben. Aber auch das muss untersucht werden.

Wir halten fest: Bei der Polizei bin ich der beliebteste Grossrat. Ich habe viele Danksagungen, Regierungsrätin Stephanie Eymann ist darum verärgert. Ich begründe: Die Polizei hat mein Parteiprogramm übernommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es geht nicht um Sie, bitte sprechen Sie zum Antrag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die parlamentarische Untersuchungskommission, denn es muss geklärt werden, was im Hintergrund gegangen ist. Man darf ja nicht sagen, was in der Basler Zeit stand über über über gewisse Polizisten. Ich darf Ihnen sagen, das wird der Hit anlässlich der Basler Fasnacht 2025. Und ich bin glücklich, dass ich reden darf zu diesem Thema und ich sage nur die Wahrheit, darum bin ich auch bei der Bevölkerung sehr beliebt. Und die parlamentarische Untersuchungskommission muss jetzt alles ganz genau untersuchen, damit das einmal aufhört.

Wenn man die Zeitungsartikel liest, kriegt man schon das Grauen. Mir wird es einfach Angst und Bang, wenn man die Leute entlässt. Ich bin gespannt auf die Antworten auf die Interpellation von Andrea Strahm, die Untersuchungskommission könnte das auch noch bewerkstelligen. Leider wird die Untersuchungskommission gemäss Kreuztabelle knapp abgelehnt und darum muss ich sagen, die Schuldige ist für mich die GLP. Man kann nicht einfach beliebig mal nach links, mal nach rechts gehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Eine parlamentarische Untersuchungskommission zur basel-städtischen Kantonspolizei ist aus der Sicht der EVP die falsche Flughöhe. Eine PUK braucht es nicht, sie würde viel Aufwand mit sich bringen, der Nutzen ist fraglich. Es ist schon manches gesagt worden, ich halte mich deshalb kurz.

Unsere Sicherheitsdirektorin hat auf den Untersuchungsbericht des Staatsrechtlers der Markus Schefer über die Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt reagiert. Sie hat unter anderem eine Taskforce und einen Übergangskommandanten eingesetzt. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Aldo Schellenberg arbeitet an der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Untersuchungsbericht. Dabei werden Massnahmen zur Transformation bei der Kantonspolizei erarbeitet. Hier wird intensiv gearbeitet. Eine PUK zusätzlich braucht es nicht.

Ein letzter Punkt im Sinne des auch von Bruno Lötscher erwähnten Interviews mit Professor Schefer. Demgemäss machen die meisten Angehörigen der Polizei ihre Sache gut. Dies ist auch wichtig zu sagen. Es sind Missstände aufgezeigt worden, aber die meisten Angehörigen der Polizei macht ihre Arbeit gut.

Ich bitte Sie, den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Raffaela Hanauer gemeldet.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte gerne nochmals mit Nachdruck beliebt machen, dieser Motion zuzustimmen. Wir sprechen hier nicht über Mehrkosten bei einem Bauprojekt. Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus. Sie ist zuständig für die öffentliche Sicherheit, und wir als Grosser Rat mit unseren kompetenten Personen, mit unseren Oberaufsichtsfunktionen und zusätzlichen Mitteln wie einer PUK haben die Verantwortung zu überprüfen, ob die Polizei dieses staatliche Gewaltmonopol auch gut und adäquat macht, und falls es Probleme gibt, haben wir die Aufgabe, diese Probleme zu beleuchten.

Ich habe jetzt mehrfach gehört, die GPK könne das machen, die PUK brauche es nicht. Ich möchte gerne darauf eingehen. Wir befinden uns im Moment in einer Krise und es braucht daher auch im Rahmen der Oberaufsicht eine Arbeitsteilung. Die Motion ist klar formuliert, die PUK soll zurückschauen. Sie soll die Frage klären, ob die Aussage von Regierungsrätin Stephanie Eymann wirklich stimmt. Liegen diese Tatsachen erst seit dem 21. Juni auf dem Tisch, oder warum wurde nichts früher unternommen?

Die PUK braucht es, weil die Personen, die befragt werden müssen, unterdessen schon entlassen sind. Die PUK braucht es auch, um wirklich diese Rückschau zu machen und zu schauen, wie es dazu kam,. auch um daraus zu lernen, wie in Zukunft so etwas verhindert werden kann. Die GPK braucht es gleichzeitig auch, die GPK hat die Aufgabe nach vorne zu blicken, die GPK hat die Aufgabe, jetzt dieses Krisenmanagement zu beaufsichtigen und zu schauen, ob das richtig funktioniert.

Bruno Lötscher hat es gesagt, er ist der Ansicht, dass man sich eigentlich auf diesen Bericht von Herrn Schefer nicht abstützen. kann Ja dann untersuchen Sie bitte in der GPK, ob diese Kündigungen rechtlich genügend abgestützt sind und ob dieser Schefer-Bericht dazu ausreicht oder nicht. Das ist die Aufgabe der GPK. Beaufsichtigen Sie das jetzt stattfindende Krisenmanagement.

Fakt ist egal, was man vom Schefer-Bericht denkt, es gibt eine Krise, es gibt Missstände, es wird gehandelt. Irgendwie ist es zu diesen Missständen gekommen. Ich plädiere hier stark für eine Arbeitsteilung. Lassen Sie eine PUK die Rückschau machen, lassen Sie eine PUK prüfen, wie es dazu kam und wie wir das in Zukunft verhindern können, und lassen Sie die

GPK dieses Krisenmanagements beaufsichtigen. So, denke ich, kommen wir gut aus dieser Situation wieder heraus und stellen uns gut auf, schaffen gute Bedingungen für diesen Kulturwandel, den es braucht.

Ich bin sehr froh, dass Bruno Lötscher in seinem Votum auch gesagt hat, dass es vielleicht auch eine PUK braucht, falls wir heute mit dieser Motion nicht durchkommen. Ich werde hier dies sicher auch nochmals einbringen. Falls wir heute diese Abstimmung nicht gewinnen und es dann tatsächlich doch irgendwann auf der Hand liegt, dass wir doch eine PUK brauchen, dann bin ich froh, dass wir darüber weiter diskutieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Bucher, Johannes Sieber und André Auderset möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen.

Erich Bucher (FDP): Ist Ihnen bewusst, dass die GPK auch nur nach hinten schaut, genau gleich wie eine PUK? Wir sind keine Begleitkommission.

1. Traktandum 1

[11.09.24 10:29:08]

Erich Bucher (FDP): Das ist mir bewusst, aber gewisse Dinge sind bereits schon geschehen. Das Krisenmanagement muss man auch retrospektiv anschauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an André Auderset, Johannes Sieber hat seine Frage zurückgezogen.

André Auderset (LDP): Sie wollen ein Miteinander von PUK und GPK. Sind Sie sich bewusst, dass das rechtlich gar nicht möglich ist? Wenn es eine PUK gibt, darf die GPK nichts mehr machen.

Raffaela Hanauer (GAB): Wir werden ja einen Ratschlag bekommen zur Einsetzung der PUK und zum ganz konkreten Auftrag. Auch die Motion gibt schon Aussagen, was die PUK behandeln soll. Natürlich ist klar, dass die Oberaufsicht der GPK auch weiter stattfinden muss, dass gewisse Dinge nicht durch die PUK alleine weiter beaufsichtigt werden können. Sonst könnte ja die GPK ich kann gar nicht mehr arbeiten, sobald es in irgendeinem Bereich eine PUK gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie erhalten doch noch Gelegenheit, eine Frage von Johannes Siebe zu beantworten. Die Zwischenfrage wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich muss jetzt trotzdem fragen. Waren Sie schon einmal Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und haben Sie an einem solchen Prozess mitgearbeitet?

Raffaela Hanauer (GAB): Nein, aber ich habe schon diverse Berichte der wertvollen Arbeit der GPK gelesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich versuche auch noch einmal, ein wenig zu versachlichen. Ich glaube, wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir wollen, dass es der Polizei besser geht, dass sie aus dieser Krise herauskommt. Die Frage ist, wie wir zu diesem Ziel kommen. Leute, die sich mit Organisationskultur auseinandersetzen wissen, dass Transparenz und Vertrauen eng miteinander zusammenhängen, und ich glaube, das braucht es auch hier in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir müssen Transparenz schaffen, um danach wieder Vertrauen zu haben in die Polizei.

Ein weiterer Punkt den wir hier jetzt besprochen haben, sind die Ressourcen. Ich glaube, es ist ein grosses Missverständnis, dass es wahnsinnig viele Ressourcen brauchen wird innerhalb der Polizei, wenn es eine PUK gibt. Die Ressourcen werden

bei uns, die Ressourcen werden bei den Personen, die die PUK ausarbeiten und durchführen, gebraucht. In der Polizei selber wird es nicht zu so viel Aufwand kommen.

Und hier geht es auch um die Rollentrennung. Das ist eben auch wichtig. Wir haben eine Gewaltenteilung. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass das heute Morgen so vermischt wurde. Wir haben auf der einen Seite die Exekutive, das ist die ausübende Gewalt, wie Sie wissen, und die Exekutive ist dafür zuständig, dass jetzt Massnahmen umgesetzt werden, dass auch innerhalb der Polizei der Auftrag gesichert ist, dass sie arbeiten können. Dann haben wir die Legislative, das sind wir und wir haben eine Verantwortung. Wir sind die Oberaufsicht, wir müssen hinschauen, wenn es solche Missstände gibt. Das ist unsere Verantwortung. Wir sind verantwortlich für die Aufarbeitung. Wir sind verantwortlich dafür, dass Transparenz geschaffen wird. Anscheinend wollen Sie das von bürgerlicher Seite nicht. Das finde ich sehr schade.

Dann noch zum Untersuchungsdesign des Schefer-Berichts: Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, wenn Sie jetzt plötzlich mit dieser Kritik kommen, dass das alles nicht gut war, was Herr Schefer gemacht hat. Wenn das so ist, dann wäre es ja völlig übertrieben gewesen, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann bereits einen Kommandanten entlassen hat und die halbe Polizeileitung ausgewechselt hat. Also hier widersprechen Sie sich eindeutig innerhalb des bürgerlichen Lagers. Ich fand den Untersuchungsbericht wichtig und auch richtig, Herr Schefer musste Vertraulichkeit gewährleisten. Er musste anonymisierte Interviews führen, er musste versprechen, dass die Protokolle der Interviews nachher gelöscht werden, weil die Leute sonst nicht gesprochen hätten, was ja alles schon die Angstkultur aufzeigt. Das war wichtig, sonst wären diese Sachen nie auf den Tisch gekommen.

Aber es stimmt natürlich, dass das nur eine Art von Untersuchung ist. Das ist eine Art von Analyse, die wichtig war und die wir jetzt nicht relativieren sollten. Aber es gibt natürlich noch ganz viele andere Ebenen, die auch untersucht werden müssen. Das hat Herr Schefer nicht gemacht. das stimmt, aber das war auch nicht in seinem Auftrag. Wir könnten zum Beispiel noch mehr Akten einsehen und analysieren. Es wäre extrem interessant, die Protokolle der Polizeileitung der letzten vier bis acht Jahre zu sehen, um dann auch herauszufinden, ob zum Beispiel die Polizeileitung darüber Bescheid wusste, dass es massive sexistische und rassistische Vorfälle gab. Und wenn Sie darüber Bescheid wusste, dann ist ja die Frage, was haben sie gemacht und vielleicht haben sie auch etwas gemacht. und dann ist es ja umso besser, dann können wir diese Leute sogar entlasten. Wenn wir herausfinden, dass auch in der Verwaltung, im Regierungsrat Sachen auf dem Tisch waren und gehandelt wurde, dann können wir diese Leute und diese Verantwortlichkeiten auch klar entlasten. Das wäre auch eine Möglichkeit. Es geht nicht nur darum, auf Schuldige hinzuweisen, sondern es geht auch darum, genau herauszufinden, wer welche Verantwortung übernommen hat und wer nicht.

Und dann noch einen Unterschied zum Schefer-Bericht: In der Untersuchung von Herrn Schefer wurden nur Mitarbeitende freiwillig befragt. Mit einem PUK könnten wir auch Leitungspersonen befragen, wir könnten ehemalige Leitungspersonen befragen und das wäre wahnsinnig interessant, um ein Gesamtbild zu bekommen. Das können wir sonst nicht, das ist einfach so, das wissen Sie alle. Wir bekommen das Gesamtbild sonst nicht und deshalb wäre ich wahnsinnig dankbar, wenn Sie die Verantwortung als Parlament übernehmen, im Sinne der Oberaufsicht, und hier wirklich diesem Antrag auf eine PUK zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Andreas Strahm, Johannes Sieber und Felix Wehrli möchten Fragen stellen. Sie werden angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ist Ihnen klar, dass sowohl eine PUK als auch eine GPK Vertretung der Legislative sind und nicht der Exekutive, und haben Sie den Jahresbericht der GPK gelesen? Es wurde schon viel gemacht in Sachen Polizei. Wie wollen Sie diese Doppelspurigkeiten, diesen Austausch dann gewährleisten?

Melanie Nussbaumer (SP): Ich glaube, wir haben jetzt schon mehrmals darüber diskutiert, was die Unterschiede sind. Es ist wahrscheinlich allen klar und ich finde auch, es gibt oft mehrere Kommissionen, die am gleichen Thema dran sind und es ist normal, dass man sich dann abspricht und das schaffen auch Sie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben gesagt, dass ein Nein zu dieser PUK ein Nein zur Transparenz wäre. Finden Sie denn, die GPK schafft keine Transparenz?

Melanie Nussbaumer (SP): Sie werden es nie glauben, aber es ist wirklich kein Misstrauensvotum an die GPK. Punkt.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben gesagt, dass es massive sexuelle und rassistische Übergriffe gab. Der Bericht Schefer sagt nichts über die Quantität, gar nichts. Wie kommen Sie zu so einer Aussage?

Melanie Nussbaumer (SP): Vielen Dank für diese Steilvorlage. Umso mehr muss man das analysieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Begriff Wirrwarr ist hier ziemlich weitgehend. Es wird von Motion gesprochen, die wir hier behandeln. Es ist ein Antrag. Das Ratsbüro wird auch keinen Ratschlag vorlegen, das darf nur die Exekutive, sondern einen Bericht. Und dann wurde von Melanie Nussbaumer gesagt, Herr Schefer habe nur unten gesprochen, aber er sagt in seinem Bericht, dass Angestellte aller Hierarchiestufen teilgenommen hätten, von Aspirantinnen und Aspiranten bis hin zum Kommandanten, auch mit der Departementsvorsteherin sei ein Gespräch geführt worden.

Und dann hat sie gesagt – und das ist wahrscheinlich richtig -, dass gewisse Aussagen nur wegen der zugesicherten Anonymität gemacht worden sind. Und jetzt meinen Sie, vor einer PUK, nicht mehr anonym, würden dann solche Aussagen gemacht werden. Da staune ich teilweise. Ich halte Sie alle hier nicht für naiv, Sie wissen ganz genau, da wird nichts rauskommen. Sie sagen hier in ihrem Antrag, was alles dokumentiert ist. Es ist eben nichts mehr dokumentiert. Es ist alles vernichtet worden. Das mag gut gemeint gewesen sein. Sie haben gesagt, es sei völlig voreilig den Kommandanten zu entlassen, aber er musste wissen, was er mit der Beauftragung zu diesem Bericht tat. Wie kann man auf die Idee kommen, einen solchen Bericht in Auftrag zu geben, bei dem klar ist, dass nachher nichts verwertbar ist ausser atmosphärischen Gefühlen? Wie kann man einen Bericht in Auftrag geben, zu dem man vorher nicht mal das Gehör hat und etwas sagen kann, sondern genau gleich überrascht ist wie alle anderen. Ich schätze Martin Roth sehr, er ist sehr integer, aber diese Art der Berichteinholung war so naiv, dass er nachher einfach nicht mehr in dieser Rolle tragbar war. Und das klären Sie nicht mit einer PUK ab, das ist einfach eine Tatsache.

Dann wollen Sie der PUK den Auftrag geben zu Abklärung der Verantwortlichkeit, Kompetenzen der Beschwerdeinstanzen, Abläufe straf- und personalrechtliche Verfahrenswege. Was kann da eine PUK speziell tun? Da können Sie ein Gutachten an Herrn Schefer hat in Auftrag geben, Gutachten hat er schon viele gemacht, internal Investigation hat er vorher noch keine gemacht. Auch dies war relativ naiv in der Auftragstellung, dass man jemanden beauftragt, der hohe Qualitäten hat, aber hier keinen Track Record gehabt hat.

Ich glaube, es geht Ihnen nicht um Aufklärung. Es geht Ihnen um möglichst grosse Verwirrung der Kompetenzen, um diese noch zwei, drei Jahre bewirtschaften zu können. Sie sagen, man kann Privatpersonen einvernehmen. Ich bin dann gespannt, wie viele vom Schwarzen Block dort aussagen werden, die viel zur Unsicherheit der Polizei beigetragen haben. Und ich glaube wirklich, die Instrumente, die wir brauchen, um das zu machen, sind bei der GPK. Wir sagen, es sei toll, dass mehrere Kommissionen daran arbeiten. Sie wissen, dass führt nur zu Missverständnissen, entgegen gegenteiliger Aussagen. Das bringt überhaupt nichts, das wissen Sie alle genau.

Ich bitte Sie, dieses Wahlkampfgetöse einzustellen, im Interesse unseres Staates und auch der Polizei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys annehmen? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Ich verstehe einfach nicht, warum Sie immer noch das Gefühl haben, wir wollen den Bericht untersuchen? Wir wollen die Vorgeschichte untersuchen. Wir wollen untersuchen, wie es zu dieser Kultur, zu dieser wirklich verheerenden Kultur in unserem Polizeikorps kommen konnten.

David Jenny (FDP): Sie sagen immer, der Bericht dokumentiere, aber er dokumentiert nichts Nachvollziehbares, und das ist Ihr Grundfehler in diesem Auftrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine weitere Zwischenfrage vor von Barbara Heer. Sie wird angenommen.

Barbara Heer (SP): Sind Sie als ehemaliger Grossratspräsident wirklich der Meinung, dass es nicht möglich ist, von einer PUK, die eine formelle Zeugeneinvernahme machen kann, gute Ergebnisse zu erhalten?

David Jenny (FDP): Es gibt ein bekanntes Krankheitsbild, das hat sich bei der PUK Biozentrum gezeigt, nämlich die Amnesie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann das als ehemaliger Vizepräsident das PUK Biozentrum bestätigen, diese Krankheit der Amnesie gibt es tatsächlich. Ich bin schon ein wenig überrascht und erstaunt, wie jetzt ganz viele hier am Mikrofon von der linken Seite gesprochen haben, die noch nie in einer Oberaufsichtskommission waren. Johannes Sieber hat das, glaube ich, mit seinem Votum etwas zum Ausdruck bringen wollen.

Wenn wir noch einmal zurückgehen zu dem, was eigentlich passiert ist, dann muss ich sagen, sind Sie einfach völlig falsch gewickelt. Jetzt ist eine Untersuchung vom Polizeikommandanten in Auftrag gegeben worden. Diese Untersuchung hat einen Bericht zur Folge gehabt. Dieser Bericht wurde veröffentlicht. Man hätte sich auch fragen können, ob dieser Bericht öffentlich werden muss. Und dann hat die zuständige Departementsvorsteherin in Kenntnisnahme dieses Berichts Massnahmen in die Wege geleitet. Ob diese Massnahmen dann «verheben» auf gut Deutsch, das werden wir noch sehen. Es ist auch heute berichtet worden von Raffaela Hanauer, dass jemand entlassen wurde. Auch dieses Wording ist völlig falsch, es wurde niemand entlassen. Auch hier merkt man, dass Sie sich mit diesem ganzen Antrag und auch der Diskussion darüber gar nicht so sehr auseinandergesetzt haben. Die einzige Aufgabe, die nun eine Oberaufsichtskommission hat, ist irgendwann zu überprüfen, ob die zuständige Departementsvorsteherin die richtigen Schlüsse und Konsequenzen aus einem internen Bericht gezogen hat. Das ist die Aufgabe einer Oberaufsichtskommission. Sie schaut zurück und schaut, ob die Exekutive richtig gehandelt hat.

Die Geschäftsprüfungskommission ist keine Begleitgruppe. Das hat Erich Bucher schon gesagt. Sie ist nicht dafür da, die Regierung zu begleiten. Das macht allenfalls McKinsey oder eine andere teure Agentur, aber das macht nicht eine Oberaufsichtskommission des Parlaments. Eine Oberaufsichtskommission schaut zurück und schaut, ob eine zuständige Person, in diesem Falle Regierungsrätin Stephanie Eymann, richtig gehandelt hat.

Und hier müssen wir doch jetzt erst einmal auch festhalten, dieser Bericht ist nicht drei Jahre alt, sondern etwa drei Monate. Die zuständige Departementsvorsteherin, die von Nicola Goepfert ja auch schon als Schuldige ausgemacht wurde (der Wahlkampf lässt grüssen), hat in sehr kurzer Zeit einige erste Massnahmen in die Wege geleitet. Es wird wahrscheinlich weitere Massnahmen geben und dann wird man irgendwann schauen können, ob sich die Situation bei der Kantonspolizei verbessert hat. Sie hat sich nämlich verbessert in der Amtszeit von Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie hat sich einfach nicht so verbessert, wie Sie es sich wünschen. Es ist nämlich so, dass die Polizei heute gegen Ihre Freunde vom Schwarzen Block etwas härter bei Demonstrationen beispielsweise vorgeht, dass es klarere Richtlinien gibt. Das hat sich verändert. Das hat sich aber verbessert. Die Probleme bei der Kantonspolizei haben mit Regierungsrätin Stephanie Eymann relativ wenig zu tun. Und jetzt wird irgendwann einmal die Geschäftsprüfungskommission – sie ist offenbar schon dran – darüber brüten müssen und schauen müssen, ob diese Massnahmen, die ergriffen worden sind, korrekt sind. Da spielt der Bericht Schefer aus meiner Sicht eine sehr untergeordnete Rolle. Ich muss schon auch sagen, dieser Professor Schefer ist ja ein Verfassungsexperte, aber er ist weder ein Experte für Organisationslehre noch für HR. Er hat in diesem Bereich keine Expertise. Das heisst, ich muss mich schon auch fragen, ob es so geschickt war vom Polizeikommandanten, einen Verfassungsexperten mit einem solchen Gutachten zu beauftragen. Das war aus meiner Sicht der grösste Fehler von Martin Roth. Ich sage nicht, dass ein anderer Bericht nicht auch dazu geführt hätte, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann Martin Roth auch gebeten hätte, nicht mehr zur Arbeit zu erscheinen. Aber Herr Schefer ist in diesem Bereich nun wirklich kein Experte. Das hat nichts damit zu tun, das er nicht in anderen Bereichen ein profundes Wissen hat. Aber hier ist er der falsche, und hier haben wir dann zusätzlich das Problem, dass der Bericht Schefer nur noch alleine dasteht. Wir haben alles andere dazu nicht mehr. Wir haben lediglich gehört, dass etwa 370 Personen zu ihm gegangen sind, aktive ehemalige Mitarbeitende des Korps, aber auch dass 700 nicht gegangen sind, und dass dies ja auch in einer gewissen Art und Weise gewertet werden müsste, das lässt der Bericht aussen vor.

Deshalb ist es richtig, dass wir diesen Antrag auf eine PUK ablehnen und nun die GPK arbeiten lassen. Sie soll überprüfen, ob Regierungsrätin Eymann die richtigen Schritte in die Wege geleitet hat. Zu einem späteren Zeitpunkt können wir immer noch darüber diskutieren, ob es eine PUK braucht. Ich glaube es nicht. Ich bitte Sie also, den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): 2020 36 Stellen unbesetzt, 2023 120 Stellen unbesetzt, aber die Entwicklung der Polizei in den letzten vier Jahren war gut?

Joël Thüring (SVP): Die Frage des Unterbestandes hat damit relativ wenig zu tun. Die Frage des Unterbestandes hat viele verschiedene Gründe, unter anderem auch die geringe Wertschätzung des Parlamentes. Das ist auch in diesem Bericht Schefer gestanden, und das kommt ja meistens auch vielleicht zustande aufgrund von Interpellationen der Linken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie noch eine Zwischenfrage von Andreas Strahm annehmen? Das ist der Fall. Andrea Strahm hat das Wort.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es ist jetzt hier immer die Rede von Regierungsrätin Stephanie Eymann. Geben Sie mir recht, dass auch HR Basel-Stadt und somit das Finanzdepartement eine ganz grosse Rolle spielt in dieser Sache, in dieser Unzufriedenheit des Korps?

Joël Thüring (SVP): Das ist ein Steilpass, das steht nämlich im Bericht Schefer auch, dass Regierungsrätin Tanja Soland verantwortlich für HR BS offensichtlich in den Prozessen Nachholbedarf hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum zweiten Votum von Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner hat gesagt an die Adresse der SP und an die Leute, die für die Untersuchungskommission sind, sie seien völlig falsch gewickelt. Ich stimme mit der SP und ich bin nicht falsch gewickelt. Darum nehme ich Bezug auf meine Vorredner.

Raffaela Hanauer hat richtig gesagt, sie verlange eine PUK, eine parlamentarische Untersuchungskommission. Aber weil die GLP jetzt wieder umschwenkt, wieder mal mit den bürgerlichen Mal stimmt, wird die PUK nicht durchkommen. Raffaela Hanauer, wir haben nur noch die Möglichkeit als Grossrat Interpellationen zu stellen, ganz viele Fragen zu stellen und ich werde auch Interpellationen stellen zur Polizei bis zum Dezember. Das Recht kann man uns nicht nehmen. Was Sie gerne in der PUK besprechen würden, müssen wir in Interpellationen als Fragen stellen.

Leider wird die Abstimmung nachher in fünf Minuten verloren gehen. Wir sind alles Politiker, daher wissen wir ganz genau, die Verantwortung trägt im Endeffekt der Minister. Aber bei der Basler Polizei tritt nie der Minister zurück, sondern es wird immer nur der höchste Polizist davongejagt, der Kommandant.

Melanie Nussbaumer hat gefragt, wie wir zu diesem Ziel kommen. Ich sehe als Grossrat nur eine Möglichkeit. Ich weiss nicht, ob ich es sagen darf, ich will keinen Ordnungsruf, aber irgendwie muss jemand einmal die Konsequenzen ziehen. Ich sammle alles in meinem Archiv. Die Basler Zeitung gibt Antwort am 17. August, auf Seite 3.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, uns keine Artikel vorzulesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Okay, aber nur einen Satz: Sie rühmte ihre Nähe zum Korps. Trotzdem hat sie von all diesen Missständen nichts mitbekommen. Das ist das Probblem, Melanie Nussbaumer. Wie kommen wir zum Ziel? Man kann nicht sagen, man sei nahe bei der Polizei, wenn man keine Ahnung hat. Ich schreibe mit vielen Leuten der Polizei und alle sagen mir, sie haben Angst, etwas zu sagen. Melanie Nussbaumer, sie haben richtig gefragt, was gemacht wurde bezüglich Sexismusvorwürfen. Da haben die Fotos aufgehängt. Sie haben richtig gesagt, dass diese Leute entlassen werden müssen. Aber der Bericht Schefer ist ja vernichtet worden und der Anwalt Sutter von der SVP hat richtig gesagt, dass er das als Jurist nicht versteht. Vielleicht sind wir ja mit Fantasiegeschichten bedient worden?

Und dann möchte ich noch sagen an die Adresse all meiner Vorredner. Sie haben alle etwas vergessen. Bei dem Bericht Schefer, den sie genannt haben, sind ja nur die Polizisten befragt worden, aber man müsste doch auch einmal die betroffenen Bürger fragen, welche Erfahrung sie mit der Polizei gemacht haben. Das ist vergessen worden. Und dort würde ich gerne auch einmal erscheinen und sagen, welche negativen Erfahrungen ich mit der Polizei gemacht habe.

David Jenny sagt richtig, dass alles vernichtet worden sei. Aber David Jenny, Sie haben nicht gesagt, wie teuer der Bericht Schefer eigentlich ist. Und wenn die grösste Partei von Basel die Untersuchungskommission verlangt, finde ich, muss man das machen. Ich habe Respekt vor zwei Parteien, das ist die SP und die SVP.

Und Lisa Mathys hat richtig gefragt, wie es zu dieser Kultur gekommen ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Oliver Thommen, dem nächsten Einzelsprecher.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe die letzte Stunde sehr genau zugehört und danke für die Diskussion, es war sehr spannend. Ich habe gelernt, dass sehr viel schlecht läuft bei der Polizei, dass es hier sicher Verbesserungsbedarf gibt. Es wird Antrag gestellt, das stärkste Gremium, über das wir als Parlament verfügen, einzusetzen.

Schauen wir auf die letzte PUK zurück, was ist dort eigentlich passiert, beim Biozentrum, es wurde schon angesprochen. Aber wir müssen eigentlich noch ein bisschen weiter zurückschauen, nämlich in die GPK. Ich war damals nicht Mitglied der GPK und bin auch nicht beleidigt, dass diese nicht gehört wurde. Aber die GPK hat sich über Jahre mit dem Biozentrum beschäftigt, hat über Jahre berichtet, hat Empfehlungen ausgesprochen, und nichts ist passiert. Wenn Sie den Bericht zum Biozentrum gelesen hätten, dann haben Sie sicher darin auch gesehen, dass die GPK davon ausgehen musste, dass der Regierungsrat sie falsch informiert hatte, sie nicht rechtzeitig informiert hatte, sie unvollständig informiert hatte. Sie können es nennen, wie Sie wollen. Es wurde vom Regierungsrat nicht richtig behandelt und der einzige Ausweg, den die GPK sah, war die Einsetzung einer PUK. Und das ist auch der Grund, warum es eine PUK in der Geschäftsordnung braucht, nämlich wenn die Mittel der Aufsicht erschöpft sind, dann muss eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden.

Sie haben die Mittel angesprochen, die PUK hätte mehr Kompetenzen, könnte Privatpersonen, Leitungspersonen etc. anfragen. Ich bin jetzt seit vier Jahren in der GPK, ich bin nicht beleidigt, aber ich muss feststellen, bereits im ersten Jahr, als ich dort war, haben wir ganz viele Privatpersonen vernommen, haben Whistleblower angehört, haben Berichte darüber geschrieben. Wenn Sie unsere GPK-Berichte genau lesen, dann werden Sie schnell feststellen, dass das nicht immer der O Ton des Regierungsrats ist, sondern das sind Privatpersonen, es sind zum Teil Personen aus der Verwaltung, und der Regierungsrat weiss sehr genau, dass zu uns auch Personen kommen, die über sie reden können, und das wissen diese Personen auch, denn sie werden dann nicht in die Öffentlichkeit gezerrt und müssen irgend etwas befürchten.

Diese Kompetenz hat eine GPK auch, und sie nutzt sie. Und wenn Sie jetzt sagen, aber es braucht noch mehr, denn es gibt ja Leute, die nicht im Kanton wohnen, die nicht mehr beim Kanton arbeiten. Dann muss sich Sie leider enttäuschen, das hat überhaupt keinen Zusammenhang. Sie haben ja den Bericht alle auch gelesen, wie ich jetzt gelernt habe. Im PUK-Bericht wird eine Episode erzählt, dass wir eine Kantonsangestellte vom Kanton Basel-Landschaft befragen wollten. Wissen Sie, was diese Person uns gesagt hat? Nein, wir wissen es nicht, weil sie nicht kommen durfte oder weil sie vielleicht nichts sagen durfte, oder weil sie vielleicht als Privatperson nichts sagen muss. Ich weiss es nicht. Das heisst wenn Sie Personen in einer Kommission haben, die nichts sagen wollen, bringt das Ihnen gar nichts. Wir haben ein rechtliches Verfahren, das wahrscheinlich eingeleitet wird. Wir haben ein Personalverfahren aufgrund der Freistellung. Keine dieser Personen wird etwas sagen, auch in einer PUK nicht.

Also dieser Antrag auf eine PUK bringt nichts. Machen Sie lieber einen Anzug an die GPK, in dem Sie Ihre Wünsche formulieren. Dann kann die GPK untersuchen, was Sie wünschen, und wovon Sie glauben, dass wir es nicht untersuchen. Das hier ist von mir aus gesehen ein reines Wahlkampfmanöver, und wir haben das 2020 bei der Regierungspräsidentin gesehen. Es ist einfach dieses Grossen Rates nicht würdig, wenn wir Regierungsräte einfach aus reiner Wahlkampflust durch den Dreck ziehen, ohne zu wissen, was überhaupt die Fakten sind. Ich bitte Sie hier kühlen Kopf zu bewahren und erst dann zu untersuchen, wenn es wirklich etwas zu untersuchen gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer darf eine Zwischenfrage stellen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie wissen schon, dass bei der Spezialuntersuchung im Zusammenhang mit dem Historischen Museum gewisse Unterlagen von der GPK nicht eingesehen werden durften, die aber extrem einzusehen wichtig gewesen wären?

Oliver Thommen (GAB): Ja, das ist möglich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Einzelsprecherin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Wir haben jetzt viel gehört. Ich möchte zuerst kurz auf das Argument des Wahlkampfs eingehen, das uns nun öfters vorgeworfen wurde. Ich möchte kurz sagen, wir haben diesen Bericht nicht bestellt. Wir haben nicht terminiert, dass dieser im Juni vor den Wahlen veröffentlicht werden soll. Das einzige, was wird hier nun verlangen ist, dass man es anschaut, trotz Wahlkampf. Die Ergebnisse einer allfälligen PUK kommen weit nach den Wahlen. Das hat nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern mit solider parlamentarischer Arbeit.

Dann vielleicht noch grundsätzlich: Es wurde jetzt die grosse Tragweite dieser Ereignisse stark relativiert. Der Bericht Schefer, wird nun gesagt, sei gar nicht gut, sei gar nicht richtig. Man hätte das ganz anders machen müssen. Erstens glaube ich, dass ich auch aus Ihren Reihen im Juni noch ganz anderes gehört habe. Und zweitens möchte ich schon noch einmal zusammenfassen: Wir haben einen Unterbestand, der sich verdreifacht hat. Wir haben Schilderungen von potenziell strafrechtlichem Verhalten innerhalb der Organisation, die, wenn es sein muss, Schusswaffen gebrauchen darf, und wir haben Schilderungen von willkürlichen Personalentscheiden.

Ich möchte nochmals betonen, es ist nicht irgendein Amt XY, sondern es ist die Inhaberin der Staatsgewalt, eine Organisation, die über die Freiheit von Menschen entscheiden kann. Das Vertrauen in diese Organisation ist massiv geschädigt und wir müssen dieses wiederherstellen. Denn ich möchte wissen, wie es so weit kommen könnte und das geht nicht nur mit einer Flucht nach vorne, mit Massnahmen und pro futuro, sondern eben auch mit einer soliden Aufarbeitung, und dafür braucht es Transparenz, und dafür braucht es eine PUK. Wenn wir jetzt sagen, eine PUK bringe sowieso nichts, denn die Leute werden nicht kommen, sie werden nichts sagen, sie werden Amnesie haben, dann ist es eine Bankrotterklärung an unsere eigene Arbeit, und ich glaube, das dürfen wir nicht tun, und daher bitte ich Sie, dieser PUK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset hat sich noch für ein Einzelvotum gemeldet.

André Auderset (LDP): Nur zwei Sätze kurz zu meiner Vorrednerin. Wenn behauptet wird, dass potenziell strafrechtliche Verfehlungen von Polizisten vorliegen, dann ist das eine Frage der Staatsanwaltschaft, allenfalls einer ausserordentlichen Staatsanwaltschaft, und sicher nicht einer PUK. Im Gegenteil würde ich als Anwalt jedem, der von einer PUK vorgeladen wird und mit strafrechtlichen Vorwürfen konfrontiert wird, die Aussageverweigerung empfehlen. Das wäre auch sein gutes Recht, weil er sich ja nicht selbst belasten will. Also das ist nun mal wirklich kein Argument für eine PUK, sondern eher eines gegen eine PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine Wortmeldungen mehr vorliegen und kommen damit zur Abstimmung. Ich erinnere daran, es ist ein spezielles Quorum. Es braucht mindestens 60 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die an der Abstimmung teilnehmen, und dann mindestens 40 Ja-Stimmen, damit der Antrag angenommen wird.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag zur Einsetzung einer PUK, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 52 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004188, 11.09.24 11:04:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 52 Nein-Stimmen gegen 44 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

[11.09.24 11:04:34, 24.0805.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt Zustimmung. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Basel «douze points» oder um es mit den Worten eines grossen Schweizer Politikers sagen zu können, Freude herrscht. Unsere Stadt darf im Mai 2025 den Eurovision Song Contest austragen und sich der Welt in einer einmaligen Form zeigen. Dieser Zuschlag für Basel ist historisch und er ist nur möglich, weil einerseits Nemo für die Schweiz in diesem Jahr den ESC gewonnen hat und andererseits ganz offensichtlich Basel das beste Dossier bei der SRG abgegeben hat. Basel ist vor Zürich, Bern und Genf, was im Fussball aktuell nicht so oft möglich ist, wird nun zumindest beim ESC möglich gemacht.

Nachdem die SRG am 30. August ihren definitiven Entscheid zum Austragungsort gefällt hat, musste es sehr schnell gehen. Der entsprechende Ratschlag wurde dem Grossen Rat in der Nacht auf Samstag übermittelt. Vorgängig bereits vereinbart wurde zwischen dem zuständigen Präsidialdepartement und der Finanzkommission, dass das Geschäft in der Folgewoche beraten wird, so dass die Finanzkommission, die gemäss Finanzhaushaltgesetz für den Nachtragskredit 2024 zuständig ist, als Kommission Ihnen heute zum gesamten Ratschlag schon berichten und beantragen kann, den Ausgaben gemäss Grossratsbeschluss 1 und 2 zuzustimmen. Für einen schriftlichen Bericht hat es aufgrund der Dringlichkeit nicht gereicht, weshalb ich Ihnen hier heute mündlich berichten muss.

Der Grosse Rat hat bereits einmal in diesem Jahr seinen Willen bekundet, dass sich Basel für die Austragung des ESC bewerben soll. Wir erinnern uns, mit einer Resolution hat der Grosse Rat im Juni den Regierungsrat mit 74 Ja-Stimmen beauftragt, wenn man es so nennen will, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag erhält. Der Regierungsrat hat daraufhin ein Bewerbungsdossier eingereicht und dieses starke Zeichen des Grossen Rates, so glauben wir, hat sicherlich im gesamten Prozess, der wahrscheinlich auch ohne diese Resolution initiiert worden wäre, genutzt, weil es das klarste Zeichen eines Parlamentes war, dass man diesen ESC haben möchte.

Denn klar ist auch, eine solche Veranstaltung ist kaum mit den schweizerischen politischen Prozessen vereinbar. Sämtliche Prozesse, wie beispielsweise auch die sogenannte § 8-Prüfung nach Finanzhaushaltgesetz mussten sehr effizient durchgeführt und abgewickelt werden. Nur dank eines sehr raschen Handels konnte dieser sehr straffe Zeitplan nun auch so eingehalten werden, dass wir heute einerseits über diesen Ratschlag befinden können und andererseits auch bei einem möglichen Referendum noch die Möglichkeit haben, dass die Stimmbevölkerung noch in diesem Jahr dazu Ja oder Nein sagen kann.

Die Anforderungen an die Host-Cities sind bei jedem ESC vorgegeben durch die European Broadcasting Union, die EBU beziehungsweise deren nationale Gesellschaft. Die Host-City muss dafür gewisse Dienstleistungen erbringen. Sie muss die Infrastruktur rund um die Show kostenlos zur Verfügung stellen, sie muss offizielle Anlässe durchführen, sie muss Side Events durchführen, Transportdienstleistungen erbringen, Hotel-Kontingente bereitstellen, die dann allerdings von den Delegationen selber finanziert werden. Und hier vielleicht auch schon einmal eine erste Zahl. Es ist so, dass alleine durch die Delegationen, die vor Ort sind für rund drei Wochen mit Übernachtungen in der Grössenordnung von etwa 40’000 Stück gerechnet werden kann. Und auch das ist ein wichtiger Punkt: Der Austragungsort muss die Sicherheit organisieren und garantieren. Diese entsprechenden Aspekte hat der Kanton dann auch in diesem Dossier, das es das sie eingereicht haben, entsprechend berücksichtigt.

Auf der Basis dieses Anforderungskatalogs wurde der Ratschlag ausgearbeitet, der Ihnen vorliegt. Die Ausgaben umfassen unter anderem die Infrastruktur und Einnahmeausfälle im Gebiet St. Jakob von 14,592 Millionen Franken, für Sicherheit, Rettung und Cybersicherheit in der Grössenordnung von 7,875 Millionen Franken, Unterkünfte und Welcomeaktionen 507 Millionen, Transport und ÖV 2 Millionen, Begleitanlässe 915’000 sowie Projektorganisation und Kommunikation in Höhe von 800’000 Franken.

Die Finanzkommission hat in der Folge im Austausch mit dem Regierungspräsidenten und den für das Projekt verantworteten Stellen diverse Nachfragen zu diesen Ausgaben gestellt, welche allesamt beantwortet werden können. Wir haben an dieser Sitzung auch mit dem Regierungspräsidenten umfangreiche Informationen erhalten. Es ist so, dass insgesamt neun Shows mit Publikum geplant sind. Es wird hierzu auch einen Ticketverkauf geben, da auch nicht nur eben Halbfinalshows und die Finalshow stattfindet, sondern eben auch öffentliche Proben, für die man Tickets erwerben kann. Daher dauert die Hauptphase des Events über eine Woche. Zur Durchführung war die St. Jakobshalle naheliegend, auch wenn dort die Kapazitäten beschränkt sind. Ergänzend zur Joggeli-Halle wurde die Ice-Arena als Medienzentrum gebucht, dort hat es Platz für uns 2000 Medienschaffende, und als besonderes Highlight der St. Jakobspark als Arena Plus in das Konzept integriert.

Die Halle selbst wird für gut acht Wochen blockiert sein. Wir wollten als Finanzkommission wissen, wie damit umgegangen wird, dass die Halle eben sehr lange nicht mehr für andere Nutzungen zur Verfügung steht. Uns wurde zugesichert, dass das Sportamt im Erziehungsdepartement, das dafür verantwortlich ist, bereits mit den Sportvereinen, die die Halle nutzen, in Gesprächen steht und nach Alternativen gesucht wird. Absagen in der Halle gäbe es mit Ausnahme der ED internen Konferenz für Lehrkräfte und einigen Maturaprüfungen wegen dieser langen Blockierung der Halle nicht. Es entstehen dadurch, dass war auch für die Finanzkommission eine Frage, keine Zusatzkosten durch die Nichteinhaltung von Verträgern.

Weiter konnte sich die Finanzkommission auch versichern lassen, dass in diesem Ratschlag keine Beiträge zur Hallenertüchtigung «versteckt» sind, welche nicht in Zusammenhang mit dem ESC stehen. Alle Einbauten, inklusive diejenigen für die Deckenlast von rund 450’000 Franken sind temporär und stehen nicht im Zusammenhang mit der bereits vom Grossen Rat bewilligten Sanierung der Halle. Gleichzeitig wird die Halle durch diesen Event, und das glaube ich ist wichtig festzuhalten, zweifelsohne einen entsprechenden Boost erfahren, was sich für künftige Buchungen wohl positiv auswirken kann. Die bereits erwähnte Arena Plus soll für ESC-Fans ohne Tickets zur Verfügung stehen, also für solche, die kein Ticket für die Halle haben. Hierfür ist der St. Jakobspark vorgesehen, in welcher die Finalshow übertragen wird und die eben auch gleichzeitig Teil der grossen Show sein soll. Hier soll die lokale Bevölkerung auch niederschwellig einen Zugang zu einem hautnahen ESC-Erlebnis erhalten. Wie das Departement gegenüber der Finanzkommission ausführte, werden die Ticketpreise dafür erschwinglich sein und das Stadion Platz für gut 34’000 Personen bieten. Durch Ticketing, Catering und Hospitality sollen die im Ratschlag dafür vorgesehenen gut 2,5 Millionen Franken wieder eingespielt werden und somit diese jetzt bewilligte Ausgabe am Schluss des Tages dann kostenneutral sein.

Zudem soll es in der gesamten Stadt und der Einbezug von Kulturinstitutionen und dem Gewerbe einen ESC für alle geben. Es wird ein umfassendes, kostenloses und frei zugängliches Rahmenprogramm in der Basler Innenstadt für die Fans und die Bevölkerung geplant. Es wird auf dem Messegelände ein sogenanntes Eurovision-Village geben, in dem die Räumlichkeiten der Messe Basel genutzt werden. Es wird dort auch einen Euro-Club geben, an welchen Partys durchgeführt werden. Die Kosten für die Durchführung dieses Villages übernimmt der Swisslos-Fonds Basel-Stadt in Höhe von maximal 2,14 Millionen Franken. Dies ist, so liess sich die Finanzkommission versichern, vereinbar mit den entsprechenden Regularien des Fonds, wenn es sich um Schwerpunktprojekte handelt. Der besagte ESC-Boulevard wird die Achse Badischer Bahnhof, Messeplatz, Mittlere Brücke, das Rheinbord links und rechts davon sowie die Steienvorstadt und auch den Barfüsserplatz umfassen. Es ist dort an verschiedener Stelle Livemusik angedacht. Es soll Stände geben. am Barfi ein Public Viewing und in der Steinenvorstadt soll es eine sogenannte Eurovision Street geben, die dann wiederum zum Bahnhof und dem Joggeli führt. Die dafür eingesetzten Finanzmittel sollen dafür auch aufgewendet werden, um gemeinsam mit der lokalen Gastronomie und dem Detailhandel eben die Stadt zu aktivieren. Auch davon sollen wiederum alle Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt profitieren.

Fragen stellten wir als Finanzkommission auch explizit zu den Kosten für die Cyber-Abwehr, die Nachhaltigkeit und die Sicherheit, insbesondere die letzten zwei Themen Nachhaltigkeit und Sicherheit wurden ja bereits in den vergangenen Wochen in der Öffentlichkeit entsprechend breit diskutiert. Bei der Cybersicherheit ist es so, dass bei einem internationalen Event dieser Grössenordnung die Cyber-Abwehr eine sehr grosse Bedeutung hat und entsprechend braucht es hier auch Investitionen, um sich vor grösseren Cyberangriffen zu wehren. Hier muss sich die Host-City auf Angriffe einstellen und die kantonale Infrastruktur, wozu auch die St. Jakobshalle gehört, aufrüsten. Hierfür sind Ausgaben von 500’000 Franken budgetiert.

Bei der Nachhaltigkeit ist es so, dass es eines der grossen Ziele der Akteure EBU, SRG und des Kantons Basel-Stadt ist, ein Nachhaltigkeitsmanagement zu implementieren. Dabei sollen auch Synergien mit der Womens Euro 2025 genutzt werden und dieses Konzept wurde bereits im Bewerbungsdossier skizziert. und die Nachhaltigkeitsstrategie wird selbstverständlich in den nächsten Wochen und Monaten weiter ausgearbeitet. Es wird beispielsweise eine Kooperation mit den Transportanbietern gegeben, insbesondere mit der Bahn. Da spielt die Deutsche Bahn eine grosse Rolle, da ein sehr grosses Besucherkontingent aus Deutschland hierher nach Basel kommen wird, wie man aus der Vergangenheit bereits weiss. Der Umgang mit Material und Abfall sei bereits so implementiert, dass es den Standards entspricht, die wir auch an anderer Stelle im Kanton kennen. Im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit sollen Massnahmen im Bereich der Menschenrechte und Diversität wie Sensibilisierungskampagnen bei Clubbetreibern und im Detailhandel durchgeführt werden. Angedacht sei auch eine Beschwerdestelle wie auch Awareness-Teams, und dazu soll auch ein Monitoring geführt und darüber berichtet werden.

Zum zweiten grossen Punkt, zur Sicherheit: Die Anforderungen an die Sicherheit sind bei diesem internationalen Grossanlass enorm. Das steht wahrscheinlich nicht zur Diskussion, dass das so ist. Und für die Gewährleistung der Sicherheit wird die Zusammenarbeit mit weiteren Polizeikorps in der Schweiz notwendig sein. Die Kantonspolizei Basel-Stadt verfügt über die notwendigen Erfahrungen im Umgang mit solchen internationalen Grossevents. Wir werden, das sehen Sie auch im Ratschlag, dann allerdings auch damit «leben müssen», dass selbstverständlich an den verschiedenen Veranstaltungsorten darüber hinaus auch private Sicherheitsfirmen zum Einsatz kommen werden. Aufgrund vergleichbarer Grossanlässe, Euro 08 beispielsweise, das OSCD-Ministertreffen oder auch der Zionistenkongress 2022 ist hier von zusätzlichen Kosten im grössten Ordnung von 7 Millionen Franken auszugehen. Der Kanton steht hierzu auch bereits im engen Austausch mit der Polizei Basel-Landschaft, da die Halle sich ja auf Baselbieter Boden befindet. Das finale

Sicherheitskonzept wird derzeit erarbeitet und die Anliegen der Kantonspolizistinnen und Kantonspolizisten werden in diesem Zusammenhang sehr ernstgenommen. Auch der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die Belastung im 2025 für die Kantonspolizei mit besagter Frauen EM und ebendiesem ESC noch einmal sehr hoch sein wird.

Und schliesslich ging es in der Finanzkommission auch um die Frage der Wertschöpfung. Das Präsidialdepartement führte hieraus, dass man sich auf eine sehr aktuelle Studie aus Liverpool aus dem Jahre 2023 beziehe. Liverpool habe ein Benchmark für die Bespielung des öffentlichen Raumsgesetz. Es sei eine Wertschöpfung über 62 Millionen Franken errechnet worden. 3/4 umfassen die Ausgaben der Besuchenden und rund 1/4 die Ausgaben durch die Veranstalter. Es wurden im Zusammenhang mit diesem erste in Liverpool damals im Durchschnitt gut 600 Vollzeitstellen geschaffen. Die Stadt Liverpool hat zusammen mit dem britischen Staat gut 20 Millionen Pfund investiert. Man geht in Basel von einer eher höheren Wertschöpfung aufgrund der guten Erreichbarkeit und des höheren Preisniveaus aus. Gleichzeitig liegen aber auch die Investitionen höher. Zudem liegt hier der Fokus bei den Vergaben auf dem lokalen Gewerbe.

Ein weiterer Vergleich ist die Stadt Wien aus dem Jahre 2015. Dort wurde bei Investitionen von 17,1 Millionen Franken eine Wertschöpfung von 38 Millionen Franken generiert. Sie sehen also, meine Damen und Herren, es lohnt sich. Der Eurovision Song Contest wird ein Gewinn für Basel sein. Die Austragung wird den Namen Basel weltweit bekannt machen. Unsere Stadt wird für einige Tage zum Musikhotspot Nummer 1 werden. Die drei Live-Shows erreichen weltweit zwischen 150 und 180 Millionen Zuschauen de an den Bildschirmen sowie weitere Millionen Menschen Online. In den sozialen Medien generiert der ESC Hunderte Millionen Interaktionen. Liverpool verzeichnete 500’000 Besuchende,. die Region Basel kann wohl ähnliches erwarten. Deshalb ist ein Ja zum ESC heute nicht nur ein Ja zu diesem Event ESC, sondern auch ein Ja zum Standort Basel und zu einem Anlass, den die gesamte Bevölkerung unserer Region auf unterschiedliche Art und Weise erleben kann.

Die Finanzkommission ist sich bewusst, dass heute noch nicht alles final beantwortet werden kann und es auch noch keine komplett pfannenfertige Konzepte eben beispielsweise für die Nachhaltigkeit oder die Sicherheit geben kann. Aber wir konnten uns davon überzeugen lassen, dass alle Beteiligten mit Hochdruck daran arbeiten, dass dies möglichst bald überall präzis und klar geschehen wird und dann eben auch Gewissheit herrscht, wie diese Stadt im Mai 2025 aussehen wird.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, Ausgaben von 37,464 Millionen Franken zu bewilligen und einen Nachtragskredit für die im Jahr 2024 notwendigen Vorbereitungsarbeiten in Höhe von einer Million Franken zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist gerade einmal zwölf Tage her, dass wir den Zuschlag bekommen haben von der SRG für die Durchführung des Eurovision Song Contests 2025, des grössten Musikwettbewerbs der Welt. Ich freue mich immer noch riesig über diesen grossen Erfolg für unsere Stadt Basel, für unsere Kulturstadt, für unsere europäischen Stadt, für unserer offenen Stadt, für unseren Veranstaltungsort.

Der Grosse Rat hat für diesen Erfolg bereits eine massgebliche Rolle gespielt. Sie haben damals am 5. Juni die sehr kurzfristig eingereichte Resolution von Johannes Sieber und Konsorten überwiesen, mit einem eindrücklichen Mehr 74 gegen 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen, und diese Resolution beauftragte den Regierungsrat und gab ihm Rückendeckung, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel nach Möglichkeit den Zuschlag für den ESC erhält. Diese Resolution die hat einiges ausgelöst, sie gab auch den Verantwortlichen bei der SRG die Sicherheit, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in der Stadt Basel und im Kanton Basel-Stadt hinter dem ESC stehen.

Es ist gelungen, mit einer ambitionierten, mit einer mutigen Kandidatur sich durchzusetzen gegen Mitbewerberinnen Genf und Zürich, obwohl diese Mitbewerberinnen bezüglich der infrastrukturellen Rahmenbedingungen wie der Hallengrösse oder dem Hotelangebot an und für sich klar im Vorteil lagen. Und dieser grosse Erfolg war nur möglich, weil alle involvierten Akteurinnen und Akteure an einem Strick in die gleiche Richtung gezogen haben, Akteurinnen und Akteure in der Verwaltung, vor allem aber auch ausserhalb der Verwaltung .Dass es möglich war, in so kurzer Frist dieses Gesamtpaket so zu schnüren, dafür gebührt sehr vielen Menschen Dank in diesem Kanton, die Geschlossenheit, sie war am Ende nach meiner Überzeugung entscheidend.

Noch einmal kurz die wichtigsten Eckpunkte des Gesamtpakets. Wir werden neben den neun Shows mit Publikum in der St. Jakobshalle am Finaltag im St. Jakobspark, also im Stadion, eine sogenannte Arena Plus einrichten. Das soll mehr sein als bloss ein Public Viewing. Wir wollen damit breiten Bevölkerungskreisen und Besuchenden, die eben kein Ticket für die Hauptshow erhalten haben, ermöglichen, hautnah am ESC teilhaben zu lassen. Ich glaube, auch diese Idee war ein entscheidendes Element in der Basler Bewerbung. Diese Arena Plus soll für den Kanton kostenneutral sein. Die Kosten in der Grössenordnung von rund 2,5 Millionen Franken werden über Ticketing-, Catering- und Hospitalityerträgen gedeckt.

Darüber hinaus soll der ESC ein Fest für die ganze Bevölkerung werden. So ist in der Stadt ein umfassendes Begleitprogramm geplant,. das Eurovision Village mit den Public Viewings und dem Musikprogramm, der Euro-Club für die

Partygäste in den Räumlichkeiten und im Risiko auch der Messe Basel. Die Kosten für das Eurovision Village, dass man betreten kann ohne Ticket, das frei ist für alle, übernimmt der Swisslos-Fonds Basel.Stadt, Kosten in der Höhe von 2,14 Millionen Franken,. etwas im besten Sinne wirklich für die ganze Bevölkerung. Dann möchten wir in der Steinenvorstadt eine Eurovision-Street realisieren, auf dem Barfüsserplatz prominent eine Bühne aufbauen, auf der sich lokale und auch nationale Künstlerinnen und Künstler präsentieren und entsprechend auch vom ESC profitieren können.

Ich bin ganz davon überzeugt, dass dieser ESC in Basel in mehrfacher Hinsicht eine grosse Chance darstellt. Ich möchte drei Punkte nochmals herausstreichen: Erstens bietet der ESC die Chance, ein Millionenpublikum zu erreichen und dieses Millionenpublikum von den Qualitäten der Stadt zu überzeugen. Basel wird sich einem Weltpublikum als europäische, weltoffene Kulturstadt präsentieren können, als moderner attraktiver Veranstaltungsort zeigen können. Und die erwartete mediale Ausstrahlung ist enorm. Ich habe da auch noch ein paar gigantische Zahlen, aber es ist gut, sie sich ab und zu wieder zu vergegenwärtigen. Der ESC Malmö, das war 2024, erreichte weltweit über 160 Millionen TV-Zuschauende und über 80 Millionen Youtube-User. Der Werbewert der Veranstaltung wurde beziffert mit 805 Millionen Euro. Auch wenn das nicht ganz exakte Wissenschaft ist, diese Wertschöpfungsstudie, die Wertschöpfungen sind gigantisch.

Und das ist auch gleich der zweite Grund, wir haben es schon gehört, beim ESC 2023 in Liverpool betrug die Wertschöpfung in Hotellerie, Gastronomie, Detailhandel sowie infolge von Aufträgen der Veranstaltung beim lokalen Gewerbe ganze 62 Millionen Franken. Liverpool verzeichnete rund 500’000 Besuchende, die eigens für den Anlass nach Liverpool kam, es waren 175’000 Hotelzimmer im Mai belegt und, das ist fast das wichtigste, bei einer Umfrage sagten mehr als Zweidrittel der Besuchenden, nämlich derjenigen, die zum ersten Mal in Liverpool waren, dass sie wiederkommen wollen, dass sie die Stadt noch einmal besuchen wollen. Auch das ist keine exakte Wissenschaft, aber dennoch ein ganz klares Zeichen, dass wir hier einen nachhaltigen touristischen Effekt erreichen können.

Und drittens soll und wird der ESC in Basel ein Fest der Toleranz werden, eine Fest der Toleranz für die ganze Bevölkerung. Vom umfassenden kostenlosen Begleitprogramm sollen alle Baslerinnen und Basler profitieren können, sollen auch die Basler Kulturinstitutionen, die in das Programm einbezogen werden, profitieren können und mit seinem bekanntermassen vielfältigen Publikum bietet der ESC Basel auch die grosse Chance, sich als offene und inklusive Gastgeberin zu präsentieren und auch die eigene Bevölkerung nochmals weiter für Themen wie Diversität und Gleichstellung zu sensibilisieren.

Zur Austragung der ESC 2025 beantragt der Regierungsrats Ausgaben in der Höhe von Netto 34,964 Millionen Franken. Das ist natürlich viel Geld. Der Eindruck relativiert sich jedoch insofern, als sich die Ausgaben auf Leistungen der SRG und zur Schaffung idealer Rahmenbedingungen in der Stadt konzentrieren. Ich möchte kurz noch auf die zwei grössten Ausgabenposten eingehen. Der Präsident der Finanzkommission hat ja hier schon auch vertieft informiert. Den grössten Budgetposten machen mit gut 14,5 Millionen Franken, die Ausgaben für die Infrastruktur, für Dienstleistungen und Einnahmenausfälle im, wie wir es nennen, Gebiet St Jakob aus. Dazu zählen temporäre Bauten, die Installation dieser temporären Deckenverstärkung Crown Support in der St. Jakobshalle, dann aber auch die weiteren Infrastrukturen im St Jakob-Areal, die benachbarte Eishalle St. Jakobs-Arena, sie wird als Medienzentrum dienen, das Parkhaus, die Parkbuchten werden für logistische Zwecke für die Platzierung der zahlreichen TV-Übertragungswagen genutzt. Die Host-City wird diese ganzen kantonalen Infrastrukturen kostenlos zu Verfügung stellen. Entsprechend veranschlagen wir dafür einen Betrag, sozusagen entgangene Einnahmen, und das ist der Betrag, den man ansonsten im selben Zeitraum durch Vermietungen wohl hätte erwirtschaften können.

Die Anforderungen an die Sicherheit sind gross, auch der Cyber-Abwehr kommt bei diesen Events eine zunehmend wichtigere Bedeutung zu. Um die Sicherheit voll gewährleisten zu können, sind Ausgaben von insgesamt 7,875 Millionen Franken veranschlagt und klar ist, auch die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt wird dabei massgeblich von Sicherheitskräften aus anderen Kantonen unterstützt.

Ein Wort möchte ich noch sagen zum Verfahren. Der Präsident der Finanzkommission hat es auch schon sehr deutlich gesagt, an und für sich ist so ein Event nicht tauglich für unser direktdemokratisches Verfahren. Man muss es so sagen. Und dennoch war es für mich von Anfang an klar, wir müssen sämtliche demokratische Schritte einhalten. Der ESC muss voll demokratisch legitimiert sein in diesem Kanton. Da dürfen wir keine Abstriche machen, auch wenn die Dringlichkeit vielleicht die Versuchung gross machte, in die Trickkiste zu greifen. Wir haben die Trickkiste, das war von Anfang an eine Prämisse zugelassen. Wir wollen seriös die Abläufe, die demokratischen Abläufe wahren. Das ist gelungen Dank vor allem auch Ihrer Flexibilität. Sie haben heute das Geschäft für dringlich erklärt. Die Finanzkommission hat sich bereit erklärt, sehr kurzfristig zu tagen, hat sich bereit erklärt, trotz des hohen Volumens nicht schriftlich, sondern mündlich zu berichten. Das alles war notwendig, damit wir die eng getaktete Zeittafel überhaupt irgendwie einhalten können.

Wir haben sämtliche Prozesse eingehalten, wir haben sie einfach beschleunigt. Joël Thüring hat es auch schon erwähnt, auch verwaltungsintern, die wichtige sogenannte § 8-Prüfung, also die Prüfung auf Einhaltung des Finanzhaushaltgesetzes, wurde durchgeführt. Sämtliche internen Konsultationen wurden durchgeführt, damit alle Verwaltungsstellen sich auch entsprechend äussern können und mit ihren Anliegen auch im Ratschlag abgebildet sind. Die parlamentarische Beratung, wie schon erwähnt konnte, kann durchgeführt werden. Heute ist ein wichtiger Tag. Es ist einfach wichtig, dass wir heute entscheiden. Ich werde deshalb meine Kolleginnen und Kollegen bitten, bei den mündlichen Interpellationsbeantwortungen

so schnell zu sprechen, wie vorher der Sprecher der Finanzkommission und mich selbst kurz halten. Denn wie Sie auch wissen, es gibt ja im Raum die Ankündigung eines möglichen Referendums. Die Frist für die Ergreifung des Referendumsfrist startet mit Publikation im Kantonsblatt. Das wird am Samstag sein, dann laufen diese 42 Tage, und falls das Referendum zustande kommt, wird es möglich sein, dass die Stimmbevölkerung am 24. November, am regulären Abstimmungstermin, abstimmen kann über diese Kreditvorlage. Das ist direkte Demokratie und ich. freue mich wirklich, dass wir es schaffen, in unserem System, das ja oft als träge verschrien wird, auch so einen Anlass, mit kurzen Fristen, politisch entscheiden zu können, stemmen zu können, ohne dass wir eine Einschränkung in Kauf nehmen bei der demokratischen Mitbestimmung. Das finde ich ist ganz wichtig, vor allem auch aus Respekt vor denjenigen Leuten, die nicht ganz so begeistert sind von diesem Anlass, auch die gibt es und auch die sollen Gehör finden in dieser Debatte, auch wenn hoffentlich bei ganz vielen die Begeisterung und das Ergreifen dieser grossen Chance als tolle Gelegenheit überwiegt.

Nun ich bin überzeugt, Sie haben es gehört, dass die kantonalen Investitionen von insgesamt rund 35 Millionen Franken wirklich Investitionen sind, sich auszahlen werden für Basel, dass wie eine einmalige Chance haben, jetzt einen Anlass dieses Kalibers in Basel durchzuführen und dass wir uns diese grosse Chance nicht entgehen lassen wollen, sondern im Gegenteil, sie gut nutzen wollen für Basel.

Ich danke Ihnen wirklich für Ihre Flexibilität, ich danke der Finanzkommission für die intensive einlässliche Beratung trotz kurzer Fristen und ich bitte Sie, der Finanzierungsvorlage, wie beantragt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SVP hat sich zuerst gemeldet Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich bin bei Geschäften schon mit grösserem Enthusiasmus als Fraktionssprecher hier vorne gestanden als bei diesem 35 Millionen-Kredit. Wir haben uns sehr intensiv mit diesem Geschäft in der SVP-Fraktion auseinandergesetzt und sehr wohl Pro und Kontra diskutiert. Nach dieser Diskussion war es dann aber so, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion diesen Antrag unterstützt und den Kredit über 35 Millionen damit heute auch unterstützen wird und es ist auch so, auch aufgrund der Deutlichkeit dieses Votums in der Fraktion, dass für unsere Partei die Unterstützung eines Referendums nicht im Raum steht.

Sie können sich vorstellen, dass dabei nicht primär künstlerische Fragen diskutiert wurden. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten, und Geschmack ist auch keine Frage von politischer Ausrichtung. Vielmehr haben wir natürlich schon zur Kenntnis genommen, wie der Anlass in Malmö politisch missbraucht wurde. Antisemitische Proklamationen und Aktionen in der Stadt des ersten Zionistenkongresses wären nicht nur enorm peinlich, es wäre auch enorm kontraproduktiv. In Malmö sind Dinge passiert, von denen wir hoffen müssen und erwarten müssen, dass sie hier sich nicht wiederholen, Und da gerade auch bereits mein Aufruf an die Regierung, zusammen mit den Veranstaltern alles zu unternehmen, dass man die richtigen Lehren zieht aus dem, was in Malmö schief gelaufen ist und sicherstellt, dass sich solches in Basel nächstes Jahr nicht wiederholen möge.

Warum unterstützt jetzt die SVP trotzdem diesen 35 Millionen-Kredit? Erstens sind natürlich ganz klar wirtschaftliche Gründe im Vordergrund. Dass das Gewerbe, nicht nur das Gastgewerbe, sondern auch anderes Gewerbe profitieren wird von dieser Veranstaltung, das ist für uns klar, die Zahlen haben wir gehört von den letzten Events. Das ist für uns nachvollziehbar und für den Werkplatz Basel, für den Wirtschaftsstandort Basel ganz sicher eine grosse Chance. Was für uns noch viel wichtiger ist jedoch, das ist die Frage der Reputation. Das ist die Frage der Strahlkraft der Marke Basel in der Welt. Seien Sie ehrlich wie viele Male haben Sie in den letzten Jahren unabhängig von der Durchführung des ESC an Malmö gedacht? Wie viele Male haben Sie den Stadtnamen Malmö gebraucht, wenn es nicht um den ESC ging? Ich selbst während Jahren nie. Das geht Basel nicht viel anders. Basel hat in der Welt keine grössere Bedeutung als Malmö. Aber Basel hat die gleiche Chance an Strahlkraft zu gewinnen wie Malmö in diesem Jahr. Die Zahlen dazu, wie viele Zuschauer mitmachen, haben wir gehört, die sind glaubwürdig. Damit kann man Basel auch als Standort für anderes positionieren als nur Events, Messen und dergleichen.

Basel ist ein wichtiger Pharmaforschungsplatz. Wenn wir Talente anziehen wollen, dann müssen wir nicht nur gute Forschung betreiben, sondern wir müssen auch dafür sorgen, dass die guten Talente aus Übersee wissen, wo Basel überhaupt ist. Basel erscheint auch auf der Weltkarte des Durchschnittsamerikaners auch dann nicht, wenn er an einer guten Universität Biochemie studiert hat.

Solche Events, solche Chancen, die sich hin und wieder sehr selten bieten, die müssen wir dazu nutzen, um genau uns als Stadt, uns als Marke Basel in der Welt zu positionieren. Und die Mehrheit der Fraktion möchte, wie ich bereits gesagt habe, bei dieser Positionierung mitmachen und unterstützt die 35 Millionen.

Ich habe jetzt die 35 Millionen mehrfach betont, weil wir natürlich auch davon ausgehen wollen, dass es dann bei 35 Millionen bleibt. Unsere Erwartung ist ganz klar, dass da nicht ein Nachtragskredit kommen wird. Wir haben gewisse

Hoffnungen, es handelt sich ja nicht um ein Bauprojekt und wir haben Vertrauen in den zuständigen Regierungspräsidenten, dass er dazu schaut, dass die Zahl von 35 Millionen wirklich eingehalten wird.

In diesem Sinne also von der SVP ein Ja zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Im Gegensatz zu meinem Vorredner bin ich noch selten mit so viel Enthusiasmus bei einem Geschäft dabei gewesen und freue mich, dass wir es hier behandeln können. Ich möchte mich ihm aber trotzdem anschliessen, denn er hat alles Positive bereits gesagt, das kann ich unterstreichen. Von Regierungsrat Conradin Cramer möchte ich wissen, in welche Trickkiste er denn greifen könnte, um das anders zu organisieren. Das könnte er vielleicht noch ausführen. Aber eigentlich möchte ich ihm und seinem Team gratulieren, dass er es hinbekommen hat, in dieser kurzen Frist eine Bewerbung einzureichen, die dann auch noch den Zuschlag bekommen hat. Das ist ein Riesenerfolg.

Die GLP freut sich in diesem Sinne für die Zusage zur Austragung des Eurovision Song Contests in Basel und unterstützt den Ratschlag der Regierung für die Ausgabenbewilligung. Wir sind überzeugt, dass die Veranstaltung und das Rahmenprogramm einen positiven Impact auf die Region hat. Basel als Tourismusstandort, Hotels und Gastronomie werden von dieser Veranstaltung profitieren. Wir erwarten, dass bei der Umsetzung des vom Kanton finanzierten Rahmenprogramms das hiesige gebe Gewerbe, namentlich auch die Kreativwirtschaft, berücksichtigt wird, so dass sie Wertschöpfung in der Region bleibt.

Nicht zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass die Veranstaltung punkto Sicherheit ein besonderes einen besonderen Effort der Polizei mit sich bringen wird und wir danken Ihnen jetzt schon für diesen Einsatz. In diesem Sinne herzlichen Dank und wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Für die SP hat die Jessica-Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Frei nach Nemo «Welcome to the show, let everybody know that Basel is ready for Eurovision». Wir haben es bereits gehört, welche vielseitige Chance der ESC für Basel sein wird, für die verschiedenen Betriebe, für unsere lokalen Künstler:innen, für Musikfans und für die Menschen, die einfach Freude haben, wenn ein bisschen etwas läuft in der Stadt.

Das vorliegende Konzept verspricht etwas für alle. Wir sprechen heute eine grosse Summe Geld und damit auch unser Vertrauen an das Team aus, das sich dieser grossen Aufgabe angenommen hat, diesen Event auf die Beine zu stellen. In kurzer Zeit ist schon eine Menge sehr gute Arbeit geleistet worden. Stellen Sie sich vor, es würde immer in dieser Effizienz gearbeitet werden, unser Kanton wäre ein anderer.

Wenn man einen solchen Anlass, wenn man die Welt zu sich einlädt oder einfach Europa wie bei der Eurovision, dann hat man eine grosse Verantwortung. Es ist fast unmöglich, alles so zu organisieren, dass es allen passt. Und je nach Weltlage, das hat man in Malmö gut gesehen, werden internationale Konflikte dann auch auf diese Anlässe projiziert. Das ist schade für den Anlass, aber das kann man wahrscheinlich nicht ändern. Dazu gibt es aber Regeln, die von der European Broadcast Union erlassen werden und auch durchgesetzt. Da müssen wir uns als Parlament keinen Kopf darüber machen. Wir sind nicht die Person, die die Anlässe verantworten, die die Regeln machen. Das haben wir auch im Frühling gesehen. Wenn sich jemand nicht an die Regel hält, dann darf er da einfach nicht mitmachen.

Und darum fände ich es schön, wenn wir hier drinnen nicht die härtesten Kritiker:innen dieser einmaligen Chance für unseren Kanton wären. Ich möchte die kritischen Stimmen hier drin auch daran erinnern, dass wir als Parlament im vergangenen Juni gemeinsam mit einer sehr grossen Mehrheit eine Resolution verabschiedet haben, in der wir uns ganz klar für eine erste-Bewerbung ausgesprochen haben. In den kommenden Monaten haben wir nun die Chance zu zeigen, dass wir fähig sind, einen Anlass auf die Beine zu stellen, der die Menschen zusammenbringt, der Grenzen überwindet und das Gemeinsame ins Zentrum stellt.

Denn was bleibt am Ende übrig von so einem riesigen Event? Was ist noch da, wenn der letzte Scheinwerfer erloschen, das letzte Glas Prosecco ausgetrunken und der letzte Glitzerstaub von der Bühne gewischt worden ist? Es sind die Erlebnisse, die die Menschen in unserer Stadt haben werden. Es wird das Gefühl sein, dass sie hatten, als sie die Events-rund um den ESC besucht haben. Und das hat ganz viel mit der Organisation zu tun. Werden Sie sich am Bahnhof zurecht finden? Werden sie nach der Partynacht einen Bus oder ein Tram haben, das sie sicher ins Hotel fährt? Werden sie öffentliche Toiletten finden, werden die sauber sein? Wird es ein Careteam geben? Wird es ein Konzept geben, das sicherstellt, dass der öffentliche Raum so ist, dass sich alle zurechtfinden? Wird das Careteam auf homophobe Angriffige geschult sein oder

auch auf sexuelle Übergriffe, die leider auch zu erwarten sind? Wird das alles so organisiert sein, wie wir uns das vorstellen? Darum geht es. Werden sich die Menschen in unserer Stadt wohlfühlen?

Ich bin sicher, dass das Team des ESC das alles verantworten wird und dass es so kommt, wie wir uns es vorstellen. Damit wir unseren Gästen die bestmögliche Erfahrung bieten können, braucht es zum einen den finanziellen Rahmen, den wir heute sprechen können, und zum anderen das Vertrauen, dass sie das schaffen

Wir möchten als SP-Fraktion diese Ausgabenbewilligung unterstützen und wir möchten auch unser Vertrauen aussprechen und ich hoffe, Sie tun das alle auch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Wir überbieten uns hier mit Superlativen, aber auch meine Fraktion findet es toll, dass es Basel geschafft hat, den ESC hierher zu holen. Es ist eine gute Gelegenheit für Basel zu beweisen, dass solche Grossevents nachhaltig gestaltet werden können und dies in einem ökologischen Sinne, in einem sozialen Sinne und auch in einem wirtschaftlichen Sinne. Ansätze davon können wir bereits im Ratschlag lesen, doch möchte ich nochmals betonen, im ökologischen Sinne ist es wichtig, dass wir erreichen, dass ein Grossteil der Gäste und der Gästinnen, welche nach Basel kommen, dies mit dem Zug machen. (Gästinnen steht im Duden, für alle, die sich aufregen.) Und es ist auch wichtig, dass wir im Nahbereich bei diesen kurzen Wege, welche wir in Basel haben, die Fuss- und Veloinfrastruktur ausbauen und nicht nur an den ÖV denken, aber auch an den ÖV. Machen wir dort, was möglich ist im Nachhaltigkeitsbereich.

Es braucht aber auch die soziale Nachhaltigkeit. Der öffentliche Raum wird heute schon vielseitig genutzt. Es ist extrem wichtig, dass wir diese vielfältige Nutzung auch während der ESC-Zeit sicherstellen können. Lernen wir aus den Fehlern, welche andere Städte gemacht haben. Wir haben es jetzt gerade wieder in Paris gesehen, wo es unschöne Szenen gab. Diese gilt es zu verhindern. Es braucht auch aber die wirtschaftliche Nachhaltigkeit, wir haben das schon ausführlich gehört. Wir müssen da mit Partnern zusammenarbeiten, wir müssen Projekte aufgleisen, die mittel- und langfristig Wirkung zeigen in Basel.

A propos Investieren in die Wirtschaft: In der Fraktion haben wir auch die Verwendung der Swisslos-Fondgelder eingehend diskutiert. Mein Kenntnisstand ist, dass diese Gelder, die nun beim Swisslos-Fonds eingesetzt werden für den ESC nicht nachteilig sind für die Kultur, das heisst, dass immer noch gleich viel Geld wie üblich für die Kultur zur Verfügung steht. Es ist einfach zu betonen, dass das sehr wichtig ist. Es darf nicht zu einem Verteilkampf kommen. Der ESC ist ein Supplement, welches wir jetzt stemmen müssen im nächsten Jahr.

Wir haben hier eine grosse Chance und ich finde, wir sollten sie nutzen. Die Fraktion unterstützt den Ratschlag und bittet Sie, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Ich möchte noch ein ganz persönliches Wort sagen, wir haben in der Fraktion auch noch kurz darüber gesprochen. Ich möchte hier noch die Polizei nennen. Sie werden eine grosse Arbeit leisten, sie haben grosse Einschränkungen und ihnen gebührt ein grosses Dankeschön schon im Voraus, dass sie das ermöglichen, dass das hier in Basel stattfinden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Crossing Borders, das ist ein sehr verheissungsvolles Motto, das für den ESC 2025 und dessen Austragung in Basel im Raume steht. Diversität, Austausch, Offenheit, Neugier und Verbundenheit schwingen mit. Das sind alles Dinge, die die Welt sehr gut gebrauchen kann aktuell.

Diese Werte sind in Basel nicht nur bekannt, sondern sie werden auch gelebt bei uns. Das ist schon eine sehr gute Grundvoraussetzung, um den ESC bei uns durchzuführen. Zusammen mit der in Aussicht gestellten Wertschöpfung unmittelbar während diesem Anlass, aber auch durch die Profilierung als Städtereisedestination sind das sowohl gesellschaftliche als auch wirtschaftliche Argumente, die für die Unterstützung dieses Ratschlags sprechen.

Einen Grossanlass wie diesen darf man dennoch nicht unterschätzen. Er wird ziemlich aus dem Boden gestampft aktuell. Unsere bereits angeschlagene aber dennoch noch funktionsfähige Polizei würde Unterstützung aus anderen Kantonen erhalten, wie das bei solchen Grossevents, die Basel gut kennt, gang und gäbe ist. Dennoch kommen mit dem ESC und der Womens Euro gleich zwei Grossanlässe auf Basel zu, die die Polizei beanspruchen und die sie makellos stemmen muss.

Dass die Gewährung der Sicherheit und die entsprechenden Möglichkeiten jedoch von Beginn an in die Planung des ESC einbezogen wurden, stimmt optimistisch. Der Ratschlag und die ausführliche Stellungnahme zum Thema Sicherheit bestätigen dies. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner von durch den ESC stark tangierten Quartieren werden nächsten

Mai einiges aushalten müssen. Das gehört zu Grossanlässen dazu. Die bis dato sehr souveräne Planung stimmt uns zuversichtlich, dass durch eine klare und frühzeitige Kommunikation die Betroffenen über die besonders intensiven Daten und Zeitfenster informiert werden, um nach Möglichkeit Vorbereitung machbar zu machen.

Neben unserem Kanton und der umliegenden Region hat auch unsere viel diskutierte Joggelihalle die Chance zu demonstrieren, was sie tatsächlich kann. Dass unsere Halle den Zuschlag für diesen Anlass von Weltformat erhalten hat, ist toll. Jetzt gilt es, diese Chance zu nutzen und die Halle bekannter zu machen und international aufzuwerten.

Alles in allem ist der uns vorgelegte Ratschlags stimmig. Er ist gut aufgebaut, behandelt die wichtigen Themen und nimmt auch bereits zu den Themen Nachhaltigkeit, Soziales und Einbezug der lokalen Bevölkerung Stellung. Das sind Punkte, die in unserem Kanton dazu gehören und wichtig sind. Etwas bedauernswert ist es jedoch, dass anhand dieses Ratschlags gezeigt wird, wie rasch qualitativ hochwertige Projekte, die sogar Departement übergreifend erarbeitet werden, entstehen können. Bei anderen Geschäften, die eine längerfristige Auswirkung haben, entsteht leider oft der Eindruck, dass es sehr kompliziert ist. Wir gehen aber jetzt einfach davon aus, dass es dem klar abgesteckten Projektcharakter geschuldet ist, dass hier solch ein Tempo und sehr qualitativ hochwertige Resultate an den Tag gelegt werden.

Bei aller Skepsis, die man gegenüber diesem Grossevent hegen mag, so viele Leute trauern immer wieder den abgewanderten oder verschwundenen Messen nach. Hier haben wir jetzt zwar keine Messe, sondern einen Grossevent, der unsere Stadt ebenfalls belebt, beflügelt und die hiesige Beherbergungsbranche, die Gastronomie, unsere Kulturangebote und den Detailhandel ankurbeln wird. Und das wird der Fall sein, auch wenn Wertschöpfungsprognose keine ganz exakte Wissenschaft ist. Die Chance, den ESC 2025 bei uns in Basel durchzuführen, sollten wir ergreifen und frei nach dem ESC 2025 Motto bereit sein, unsere eigenen Gedankenborders zu crossen. Vielen Dank für die Unterstützung dieses Ratschlags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort für die Fraktion die Mitte/EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin einfach glücklich, dass ich hier stehen darf. Es war wie vor zwölf Tagen, als hier die Pressekonferenz stattfand. Es war hier alles voll fast so voll wie jetzt, mit Medienleuten, mit Kameras. Es war eine Freude, Basel stand im Fokus und diese Freude trage ich in mir, weil es einfach super ist. E steht für Europa, S wie Singen und C wie Turnier. Wir sind in Europa, singen verbindet, C ist wie das Schwingerfest, ein Turnier, jemand gewinnt. Es ist einfach wunderbar und ich möchte mich beim Team bedanken. Es ist hervorragend, wie wir in kurzer Zeit diesen Spirit auch in die Bewerbung hineinbringen konnten, wir Hoteliers haben auch einen Teil dazu beigetragen, weil wir die Kontingente zu fairen Preis vermittelt haben.

Aber eigentlich möchte ich hier dem Verursachen, dass wir überhaupt hier diskutieren, danken, nämlich Nemo. Er hat als Künstler überzeugt, ich habe es einige Male geschaut im Nachhinein. Es war eine wunderbare Performance. Es ist ein Schweizer. Ich finde jetzt wichtig, wir haben die Herausmachung unter den Städten gewonnen, gegen Bern-Biel, gegen Zürich, gegen St. Gallen, gegen Genf. Die Entscheidung für Basel ist gefallen, aber die Schweiz ist Gastgeberin dieses Anlasses. Das wollen wir nicht vergessen. Die Schweiz hat gewonnen, nicht Basel. Wir sind nur Gastgeber und Gastgeber waren wir schon vor ganz langer Zeit mit einer wunderbaren Folge. Hier in Basel hat das Konzil stattgefunden. Sie sind von Rom hierhergekommen, und der Effekt ist, dass wir uns als Gastgeber beweisen konnten. Und der neue Papst wurde gewählt und die Basler haben ihn gefragt, lieber Papst, du hattest es ja gut hier, dürfen wir eine Universität gründen? Und er hat gesagt, ja, ihr wart so toll, der Papst gibt die Erlaubnis, eine Universität zu gründen. Wir haben die erste Universität der Schweiz, und das ist eine Wertschöpfung, die wir heute noch haben. Das muss ich euch nicht erklären.

Auch etwas, das ich als kleiner Bub erlebt habe, die Grün 80. Wir reden heute immer noch von der Grün 80, und das hat so lange Wirkungen. Das ist ganz wichtig. Ich habe dem Kommissionspräsidenten zugehört. In der Joggelihalle muss nur eine Veranstaltung verschoben werden. Eine für drei Wochen. Also das heisst, wir haben noch ein Problem mit dieser Halle. Diese Halle ist toll, sonst wären sie nicht hierhergekommen. Und ich bin überzeugt, die Verantwortlichen in Malmö haben das gesagt nach der ersten Veranstaltung. Malmö vor sieben Jahren, seitdem ist die Halle immer ausgebraucht. Und es ist noch nicht lange her., dass wir den Nachtragskredit gesprochen haben. Ich bin überzeugt, nach dem ESC wird die Joggelihalle Erfolg haben.

Wenn wir in Basel alle an einem Strick ziehen, können wir ein grosses Fest machen, nicht nur das Fest von Beat Jans, dem Bundesrat, das ist auch schnell gegangen, aber das war keine so grosse Kiste. Aber diese Kiste ist enorm und ich bin überzeugt, wir werden den ESC in unser Herz schliessen, weil es war ein Teil von Basel, dieser Anlass wird Basel zusammenhalten und in diesem Sinn freue ich mich um jede Stimme für diesen Anlass.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum letzten Fraktionssprecher und das ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich gratuliere dem Regierungsrat, der Verwaltung und sämtlichen Beteiligten, die es geschafft haben, mit sehr guter Arbeit den ESC nach Basel zu bringen. Bravo, wirklich super. Die Vorteile, aber auch die Bedenken werden heute transparent von Ihnen allen Vorrednern bestens dargestellt. Hier gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Ich teile diese alle.

Eines möchte ich trotzdem noch hervorheben. Für die FDP-Fraktion ist es wirklich wichtig, dass dieses Budget dann wirklich eingehalten wird und nicht überschritten wird. Aber alles in allem, die FDP-Fraktion freut sich auf diesen Grossanlass und wird dem Ratschlag zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum ersten Einzelsprecher Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es wird Sie vielleicht überraschen, aber auch ich habe eine Kreuztabelle. Meine Partei hat in Zürich und Bern Listenverbindung mit der EDU. Nationale Aktion gegen die Befremdung von Volk und Heimat hat die Listenverbindung und ich muss mich natürlich als Vertreter von dieser Partei auch an die Kreuztabelle halten, weil ich auch meine Chefs habe. Darum bin ich von dieser Partei, die mit für das Referendum. Es hat nichts mit Spielverderbern zu tun. Ich habe Ihnen erklärt, von welcher Partei ich komme, von der Nationalen Aktion, Schweizer Demokraten, die zusammen ist mit der EDU. Darum muss ich als Grossrat Rückweisung und Nichteintreten beantragen.

Ich persönlich habe selber Angst vor einem Terroranschlag. Ich habe den Ratschlag gelesen von der Regierung, es steht natürlich nicht drin, wie viele Freitickets wir Grossräte bekommen, aber dass die Regierung 150 Freitickets bekommt, das ist klar. Ich habe das alles abgeklärt, und das ist nicht okay. Es steht auch nicht da drin, was der Kanton Basel-Landschaft zahlt. Der Ratschlag ist unausgeglichen und ich verlange als Grossrat, dass wir Grossräte freie Tickets bekommen und nicht nur die Regierung.

Darum sagen wir von der EDU und von den Schweizer Demokraten, kein Steuergeld für den ESC. Wir rufen auf, sämtliche Staatsbeiträge für die Durchführung des ESC in der Schweiz dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Wir sagen auch Nein zur Geldverschwendung. Der Kanton Basel und die Stadt Basel kämpfen mit grosser Mühe um ausgeglichene Budgets. Es stehen überall wichtige Investitionen an und die Bevölkerung…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte lesen Sie uns das nicht alles vor.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich möchte trotzdem die Gründe noch nennen. Die Gelder dürfen nicht durch einen ungeplanten Kredit an den ESC in Millionenhöhe gefährdet werden. Der ESC setzt hohe Millionenbeträge um. Da kann es nicht sein, dass die öffentliche Hand derart hohe Staatsbeiträge auf Kosten der Steuerzahler sprechen muss. Ich habe das recherchiert. Ich bin in Kontakt mit einem Referendumskomitee. Die Unterschriften werden gesammelt oder sind schon teilweise vorhanden. Der Referendumsbogen ist gedruckt.

Meine Vorredner haben die Probleme mit den Demonstrationen angesprochen. Leider hat sich der ESC immer mehr zu einer Veranstaltung entwickelt, bei der Antisemitismus salonfähig geworden ist. Sie wissen, welche Anfeindungen die Sängerin bekommen hat beim ESC 2024 in Schweden. Die Israelis wurden von anderen Delegationen gemobbt, ausgebuht und konnten nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen überhaupt an den Tagungsort gelangen.

Der ESC hat sich zu einem Anlass entwickelt, an dem nicht mehr die Musik im Zentrum steht, sondern Politshow und destruktive Umtriebe. Es ist unser Recht, dass wir ein Referendum ergreifen. Darum sind wir in der Schweiz, und über das Referendum wird am 24. November abgestimmt. Man weiss, aus welcher Partei ich komme. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten und ich werde gegen den ESC stimmen am Schluss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpretiere ich Sie richtig, Sie beantragen Rückweisung an den Regierungsrat?

Ich danke für Ihre Geduld. Wir fahren am Nachmittag fort mit diesem Geschäft und den beiden eingetragenen Wortmeldungen. Danach werden die Interpellationen behandelt.

Schluss der 25. Sitzung

12:02 Uhr